

Substanzielles Protokoll 139. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 19. September 2012, 17.00 Uhr bis 20.55 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Marina Garzotto (SVP), Christoph Gut (SP), Philipp Käser (GLP), Rolf Müller (SVP), Niklaus Scherr (AL), Thomas Schwendener (SVP), Roger Tognella (FDP), Lucia Tozzi (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2012/324 | * Weisung vom 05.09.2012:
Liegenschaftenverwaltung, Erstellen einer kommunalen
Wohnsiedlung auf dem Areal der Kronenwiese, Quartier Zürich-
Unterstrass, Objektkredit | FV
VHB |
| 3. | 2012/325 | * Weisung vom 05.09.2012:
Soziale Einrichtungen und Betriebe, Nachtpension, Antrag auf
definitive Einführung des Angebots ab 1. Januar 2013 | VS |
| 4. | 2012/326 | * Weisung vom 05.09.2012:
Kultur, Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle
Kunst (Museum Haus Konstruktiv), Jahresbeiträge 2013–2016,
Kinderkulturakademie, Jubiläumstiftungskapital | STP |
| 5. | 2012/327 | * Weisung vom 05.09.2012:
Liegenschaftenverwaltung, Baurechtsabgabe an die
GastroSuisse für einen Ersatzneubau der Hotelfachschule
Belvoirpark im Quartier Enge | FV |
| 6. | 2012/328 | * Weisung vom 05.09.2012:
Immobilien-Bewirtschaftung, Neubau Schulanlage Blumenfeld,
Zürich-Affoltern, Objektkredit | VHB
VSS |
| 7. | 2012/319 | * Postulat der SVP- und FDP-Fraktion vom 29.08.2012:
Parkhaus Opéra, Schaffung von 50 zusätzlichen Parkplätzen als
Teilkompensation für die in der Innenstadt durch Baustellen ge-
sperrten Parkplätze | VTE
E |

8.	2012/192		Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2011	OMB
9.	2012/241		Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2011	DSB
10.	2012/172		Weisung vom 18.04.2012: Geschäftsbericht des Stadtrats 2011	STR
11.	2012/268		Beschlussantrag der GPK vom 27.06.2012: Submissionswesen der Stadt Zürich, Bericht der GPK	
13.	2010/61	E/A	Postulat von Monika Bloch Süss (CSP) und Bernhard Jüsi (SP), vertreten durch Marianne Aubert (SP), vom 27.01.2010: Buslinie 66, Verbesserte Verkehrsführung an der Brandschenkestrasse in den Morgen- und Abendspitzenzeiten	PV
14.	2010/106	A	Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Ueli Brassler (SD) vom 10.02.2010: Durchführung von Personenkontrollen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung	PV
15.	2010/107	A	Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) vom 10.02.2010: Schaffung von Anreizen für die Bevölkerung bei der Mithilfe in der Bekämpfung der illegalen Einwanderung	PV
16.	2010/121	A/P	Motion von Ruth Anhorn (SVP) und Mauro Tuena (SVP) vom 03.03.2010: Stadtpolizei, Erhöhung der Anzahl Polizisten mit Fähigkeitszeugnis	PV
17.	2010/205	E/T	Postulat von Beat Bloch (CSP) und Thomas Wyss (Grüne) vom 21.04.2010: Standaktionen der politischen Parteien ohne formelle Bewilligung	PV
18.	2010/216	A	Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 19.05.2010: 1. Mai-Fest 2010, Kostenübernahme durch 1. Mai-Komitee für Polizeieinsatz	PV
19.	2010/217	A	Postulat der FDP-Fraktion vom 19.05.2010: 1. Mai-Fest 2010, Kostenübernahme durch Organisatoren aufgrund Nichteinhalten der Festbewilligungen	PV
21.	2010/424	E/A	Postulat von Claudia Simon (FDP) und Alexander Jäger (FDP) vom 06.10.2010: Aufhebung des Abend- und Nachtparkplatzabbaus an der Höggerstrasse, Albisriederstrasse, am Letzigraben, an der Ackersteinstrasse und Breitensteinstrasse	PV

22. [2010/425](#) E/A Postulat von Alexander Jäger (FDP) und Claudia Simon (FDP) vom 06.10.2010: PV
Aufhebung der geplanten Verkehrsführung am Meierhofplatz und Ausarbeitung eines Gesamtverkehrskonzepts für den Kreis 10
23. [2010/446](#) E/A Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 27.10.2010: PV
Optimierung der Verkehrsabwicklung an Kreuzungen
24. [2010/447](#) E/A Postulat von Urs Fehr (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 27.10.2010: PV
Unterbindung des Drogenhandels im Seefeldquartier
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

3088. **2010/205**
Postulat von Beat Bloch (CSP) und Thomas Wyss (Grüne) vom 21.04.2010:
Standaktionen der politischen Parteien ohne formelle Bewilligung

Thomas Wyss (Grüne) zieht das Postulat GR-Nr. 2010/205, Top 21 der heutigen Tagliste, zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

3089. **2012/324**
Weisung vom 05.09.2012:
Liegenschaftenverwaltung, Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Areal der Kronenwiese, Quartier Zürich-Unterstrass, Objektkredit

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 17. September 2012

3090. **2012/325**
Weisung vom 05.09.2012:
Soziale Einrichtungen und Betriebe, Nachtpension, Antrag auf definitive Einführung des Angebots ab 1. Januar 2013

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 17. September 2012

3091. 2012/326

Weisung vom 05.09.2012:
Kultur, Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst (Museum Haus Konstruktiv), Jahresbeiträge 2013–2016, Kinderkulturakademie, Jubiläumsstiftungskapital

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 17. September 2012

3092. 2012/327

Weisung vom 05.09.2012:
Liegenschaftenverwaltung, Baurechtsabgabe an die GastroSuisse für einen Ersatzneubau der Hotelfachschule Belvoirpark im Quartier Enge

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 17. September 2012

3093. 2012/328

Weisung vom 05.09.2012:
Immobilien-Bewirtschaftung, Neubau Schulanlage Blumenfeld, Zürich-Affoltern, Objektkredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 17. September 2012

3094. 2012/319

Postulat der SVP- und FDP-Fraktion vom 29.08.2012:
Parkhaus Opéra, Schaffung von 50 zusätzlichen Parkplätzen als Teilkompensation für die in der Innenstadt durch Baustellen gesperrten Parkplätze

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der Grüne-Fraktion stellt Markus Knauss (Grüne) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3095. 2012/192

Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2011

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2011 in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 27. August 2012).

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsreferent:

Michael Schmid (FDP): *Der Jahresbericht gibt Aufschluss über Fragen und Antworten in der Stadtverwaltung. Einiges, das im Bericht der Ombudsfrau nachzulesen ist, sollte auch im Geschäftsbericht des Stadtrats stehen. Je komplexer Behördenstrukturen und Regelungsgrundlagen werden, desto grösser ist das Risiko, dass einzelne in eine Mühle geraten – sei es objektiv oder auch nur ihrem subjektiven Empfinden zufolge. Der Be-*

richt von Frau Dr. Kaufmann nennt einige eindruckliche Beispiele. Ich erwähne stellvertretend nur die Gefährdungsmeldung einer Schule an die Vormundschaftsbehörde. Nachdem die Ombudsfrau mithalf, das Missverständnis und die Kommunikationsprobleme aufzuklären, fühlte sich niemand mehr verantwortlich und niemand wollte die Gefährdungsmeldung zurückziehen. Es brauchte die intensive Vermittlung der Ombudsfrau, obwohl die Beteiligten schon längst hätten einsehen müssen, dass die Angelegenheit auf Kommunikationsprobleme und Missverständnisse zurückzuführen ist. Wir danken der Beauftragten für Beschwerdesachen und ihrem Team, dass sie in vielen Fällen erfolgreich mithelfen, um aus solchen Situationen im Interesse der Betroffenen und der guten Verwaltungsführung unserer Stadt herauszufinden.

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt Abnahme des Berichts der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2011.

Zustimmung: Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Bruno Amacker (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Bruno Sidler (SVP), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Abwesend: Irene Bernhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2011 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt

3096. 2012/241

Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2011

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Tätigkeitsbericht 2011 des Datenschutzbeauftragten der Stadt Zürich (DSB) in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung geprüft. (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 27. August 2012).

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsreferent:

Michael Schmid (FDP): *In der Beurteilung der GPK ist die Arbeit des Datenschutzbeauftragten genauso positiv zu würdigen, wie der Ihnen vorgelegte Bericht. Der Bericht gibt Ihnen einen Einblick in die Themenvielfalt, mit der die Datenschutzstelle befasst ist. Entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit des Datenschutzbeauftragten ist, dass er gegenüber der Stadtverwaltung eine Beratungs- und Ausbildungsfunktion wahrnimmt und gleichzeitig eine kritische Distanz und Unabhängigkeit wahrt. Letztlich liegt es in der Verantwortung der politischen Behörden des Stadtrats, des Gemeinderats sowie der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger rechtsstaatliche und demokratisch tragfähige Grundlagen im Bereich des Datenschutzrechtes zu schaffen. Selbst wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, sind in der Umsetzung immer konkrete Interessenabwägungen entscheidend dafür, ob der Datenschutz seine Zwecke erfüllen kann. Der Datenschutzbeauftragte leistet nach unserer Auffassung einen entscheidenden Beitrag dafür, dass in den Abwägungen das richtige Mass gefunden wird.*

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt Abnahme des Tätigkeitsberichts 2011 des Datenschutzbeauftragten.

Zustimmung: Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Bruno Amacker (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Bruno Sidler (SVP), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
 Abwesend: Irene Bernhard (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Tätigkeitsbericht 2011 des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt

3097. 2012/172

**Weisung vom 18.04.2012:
 Geschäftsbericht des Stadtrats 2011**

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 18.04.2012
- Geschäftsbericht 2011
- Bericht und Antrag der GPK vom 12.09.2012

Statistik betreffend Abschreibungsanträge	
Abschreibungsanträge GPK	88
Nichtabschreibungsanträge GPK	76
Abschreibungsanträge Mehrheit GPK	13
Nichtabschreibungsanträge Mehrheit GPK	1
= Total Abschreibungsanträge Stadtrat*	187

* einschliesslich der vom Rat im Jahr 2012 bereits abgeschriebenen Geschäfte
 GR Nrn. 1988/24, 2005/449, 2007/137, 2007/279, 2007/564, 2008/277, 2009/155,
 2010/35, 2010/36.

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsmehrheit:

Matthias Probst (Grüne): *Da wir weit mehr prüfen als den Geschäftsbericht des Stadtrats, nimmt die GPK die Gelegenheit auch wahr, um über unsere Tätigkeit in der GPK zu berichten. Es gab letztes Jahr eine ganze Reihe kleinerer Abklärungen, so beispielsweise die Regelung des Stadtrats bei der Auswahl von Experten für Gutachten, die Rolle des Stadtrats bei überkommunalen Abstimmungen sowie die neugeschaffene Stabstelle der Stadtpräsidentin. Es wurden ferner verschiedene Themen der IMMO behandelt sowie die Ausgliederung und der Verkauf der Stadtküche Menu and More. Ausserdem wurden verschiedene Themen in Bezug auf die Finanzkontrolle sowie Personalaustritte und Neubesetzungen in Kaderstellungen diskutiert. Dies alles sind kleine Themen, die auf unterschiedlichen Wegen in die GPK gelangten, sei es auf Antrag des Parlaments, auf Anregung einzelner Referenten in der GPK oder aufgrund von Informationen aus der Bevölkerung, die direkt in die GPK gelangten. Im letzten Jahr konnten auch*

zwei grössere Geschäfte abgeschlossen werden: einerseits das Gutachten der GPK im Parkplatzkompromiss, der am 30. Mai 2011 verabschiedet wurde. Im Anschluss daran wurde von der IG Pelikan ebenfalls ein Kurzgutachten in Auftrag gegeben, woraufhin der Stadtrat ebenfalls ein erneutes Kurzgutachten in Auftrag gab. Beides brachte für die GPK keinerlei neue Erkenntnisse. Andererseits wurde im letzten Geschäftsjahr eine umfangreiche Abklärung bezüglich Submissionen durchgeführt. Der Bericht dazu liegt bereits dem Parlament vor und wird im nächsten Traktandum behandelt. Ferner hat die GPK den Auftrag in zwei ständigen Subkommissionen Funktionen wahrzunehmen. Eine davon ist die Subkommission Einbürgerung, die letztes Jahr drei Mal tagte und sich die Dossiers anschaute. Es kam zu Diskussionen über den Ermessensspielraum des Stadtrats. Daraufhin führte die Subkommission auch keine Abstimmung über die Ordnungsmässigkeit der Einbürgerung durch, sondern verfasste einen Bericht zu Händen der GPK, der als Basis für zwei stattgefundenen Gespräche mit der Stadtpräsidentin und der Stadtschreiberin diente. Das Verfahren wurde daraufhin ein wenig angepasst, die Subkommission schaut sich seither nicht nur die Dossiers von Personen an, die in das Bürgerrecht aufgenommen wurden, sondern auch Dossiers von Personen, denen das Bürgerrecht verwehrt wurde. Die Subkommission Polizeidaten hat sich letztes Jahr aus terminlichen Gründen nicht getroffen. Die GPK hatte letztes Jahr fünf Jahresthemen. Ein grosses Thema waren CHARM und IKS. Die GPK machte ausführliche Abklärungen innerhalb aller Departemente zum Thema Zertifizierungen in der Stadtverwaltung. Ein weiteres Schwerpunktthema war die Arbeitssituation vor allem in Bezug auf Überzeiten innerhalb der Verwaltung. Auch da hatte die GPK bereits letztes Jahr Abklärungen dazu gemacht, wie viele Überstunden in allen Departementen vorhanden sind und hat auch dieses Jahr diese Kennzahlen im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichts bestellt. Künftig werden diese Kennzahlen hoffentlich standardmässig im Geschäftsbericht vorhanden sein. Eine entsprechende Anweisung der GPK an den Stadtrat wird noch erfolgen. Erfreut haben wir in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen, dass die massiven Überstunden im Polizeidepartement langsam rückläufig sind. Ein grosser Schwerpunkt der GPK war letztes Jahr der eigene Auftrag der GPK. Wir haben dazu auch Fachleute aus Praxis und Wissenschaft befragt und nach diesen Erklärungen auch einige Aspekte angepasst. Dies betrifft vor allem die internen Abläufe der GPK, die zum Teil auch umstrukturiert wurden. Beispielsweise hat die GPK neu einen Jahreskalender mit wiederkehrenden Themen, in dem bereits im Voraus geplant wird, was auf welchen Zeitpunkt traktandiert wird. Neu hat die GPK auch die sogenannten Schwerpunktthemen eingeführt; dies sind Themen, die ausserhalb des Geschäftsberichts des Gemeinde- und Stadtrats und ausserhalb des Quartalsberichts liegen. Diese Themen sucht sich die GPK selber und vertieft sie. In diesem Zusammenhang versucht die GPK stärker ihre Funktion als Vollzugsorgan des Stadtrats auszuführen. Ebenfalls hat sich die GPK in diesem Zusammenhang mit der Verbreitung der eigenen Protokolle befasst und die Verteiler gekürzt. Der Grund dafür ist, dass die GPK auch mit sensiblen Informationen zu tun hat und diese besser schützen will. Dadurch kann die GPK auch besser funktionieren, da wir so besser an Informationen gelangen. Es ist noch immer eine Arbeitsgruppe Geschäftsprüfung der GPK in Betrieb, die weiterhin verschiedene Aspekte prüft und bald zu einem Abschluss kommen wird. Ein neuer Punkt, den die GPK letztes Jahr im Zusammenhang mit Rechtsfragen als Schlussfolgerung aus dem Urteil Wyler/Zopfi entdeckt hatte, ist eine vertiefte Abklärung im Zusammenhang mit der Verletzung des Amtsgeheimnisses. Die GPK kam zum Schluss, dass städtische Angestellte, jederzeit und ohne Verletzung des Amtsgeheimnisses an die GPK oder RPK herantreten können. Selbst wenn der Tatbestand gemäss Art. 320 StGB erfüllt ist, gilt der Rechtfertigungsgrund immer noch als gegeben. Der Stadtrat wurde darüber informiert und nahm es zur Kenntnis, respektive widersprach bis heute nicht. Ich komme nun zum eigentlichen Geschäftsbericht des Stadtrats. Der Geschäftsbericht bietet einen sehr guten Überblick über die Verwaltungstätigkeit im Jahr 2011. Der Geschäftsbericht des Stadtrats ist sowohl an den Gemeinderat, als auch an die Öffentlichkeit gerichtet. Es liegt deshalb in

der Natur der Sache, dass die Stadt dazu tendiert, sich eher positiv darzustellen und kaum kritische Internas anzudeuten. Die GPK hat deshalb das Verfahren und die Behandlung des Geschäftsberichts auch ein bisschen gestrafft und andere Schwerpunkte gelegt. So wird in Zukunft – wie es auch schon dieses Jahr erstmals der Fall war – vor der Behandlung des Geschäftsberichts in der GPK ein Treffen der jeweiligen Referenten der GPK mit dem Stadtrat stattfinden, in dem Fragen geklärt, auf Aspekte hingewiesen und weitere Internas diskutiert werden können. Ferner hat die GPK erstmals dieses Jahr in einer Halbtagesitzung mit Schwerpunkt auf den Dienstabteilungen über den gesamten Geschäftsbericht beraten. Dadurch gingen die schriftlichen Rückfragen massiv zurück. In einem zweiten Schritt wurden die übriggebliebenen Fragen schriftlich gestellt und daraufhin in einem zweiten Gespräch mit dem Stadtrat nochmals besprochen. Die Antwortkultur des Stadtrats ist insgesamt sehr lobenswert. Wir bekamen meist innerhalb der zeitlichen Fristen schnelle und gute Antworten. Allerdings fielen die Antworten teilweise etwas dürrig aus, waren aber insgesamt brauchbar. Nur einmal musste die GPK den Stadtrat mahnen, da eine Antwort komplett verwehrt wurde. Begründung war, das sei nicht Bestandteil des Geschäftsberichts. Die GPK will natürlich jederzeit über alles Bescheid wissen. Wir haben auch volle Akteneinsicht gegenüber dem Stadtrat. Dies wird in Zukunft bestimmt auch nicht mehr passieren. Zu reden gegeben haben dieses Jahr vor allem die Abschreibungsbeiträge und Anträge zu den Postulaten. Die GPK hat entgegen der bisherigen Praxis nicht automatisch die Anträge der jeweiligen Postulanten übernommen, sondern so, wie die GPK dies von Amtes wegen muss, die Anträge des Stadtrates geprüft und selber Anträge gestellt. Die GPK ist das Aufsichtsgremium des Stadtrats und hat in dieser Funktion die Aufgabe, die Postulate, die der Gemeinderat als Gesamtbehörde überwiesen hat, auch weiterzubegleiten und zu schauen, wie sie der Stadtrat behandelt. Selbstverständlich haben die jeweiligen Stellungnahmen der Postulantinnen und Postulanten, sofern sie inhaltlich gehaltvoll waren, eine entsprechende Würdigung innerhalb der GPK gefunden. In aller Regel wurde darauf eingegangen. Es gibt jetzt im Unterschied zu früher am Ende dieses Berichts der GPK einige einzelne Mehr- und Minderheitsanträge, die am Ende dieser Debatte behandelt werden.

Roger Bartholdi (SVP) begründet den Ablehnungsantrag der SVP.

Roger Bartholdi (SVP): Der Geschäftsbericht ist ein relativ umfangreiches Dokument und seit Jahren stellen wir fest, dass sehr wenige kritische Voten darin enthalten sind. In der GPK bekommen wir immer Antworten auf unsere Anfragen und stellen doch relativ Vieles fest, das ein wenig anders aussieht, als im Bericht dargestellt. All diese negativen Aspekte, die durch uns ans Licht kommen, werden im Geschäftsbericht vermisst. Es gibt etliche Vorstösse aller Fraktionen, an denen man sieht, dass im Jahr 2011 einiges nicht so gut lief. Wenn im Geschäftsbericht des Stadtrats nach Konflikten oder weniger positiven Aspekten gesucht wird, findet man eigentlich so gut wie nichts. Ich muss sagen, es gibt Ausnahmen: dazu muss ich das Sozialdepartement loben, das relativ ausführlich auch über etwas geschrieben hat, das nicht so gut gelaufen ist in diesem Departement. In den anderen Departementen und Dienstabteilungen wird nur auf das Positive hingewiesen. Schaut man sich die Zahlen an, stimmt manchmal auch nicht alles, allerdings hat es in diesem Bereich weniger Fehler als auch schon. Dennoch gibt es auch in diesem Bereich deutliches Verbesserungspotential. Schon das alleine ist Grund genug für uns als Minderheit der GPK, den Antrag des Stadtrates abzulehnen. Viel wichtiger für uns ist jedoch die Zukunft, in der hoffentlich die Departementsvorsteher ihren Departementen und Dienstabteilungen den Auftrag geben, genau das zu berichten, was wirklich Sache ist. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass der Bericht gut wirken soll, da er auch an die Öffentlichkeit geht. Man kann es auch wohlwollend formulieren, das Kritische soll aber dennoch nicht entfernt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Bruno Sidler (SVP): Warum gibt es jetzt plötzlich Unzufriedenheit und sogar eine Rückweisung des Geschäftsberichts? Der Geschäftsbericht muss zwei Zwecke erfüllen und dafür ist er nicht besonders gut geeignet. Erstens dient der Geschäftsbericht der PR und der Darstellung der Verwaltung in der Öffentlichkeit. Andererseits ist derselbe Geschäftsbericht die Grundlage der Geschäftsprüfungsarbeit der GPK. Der erste Zweck ist bestens erfüllt. Der Geschäftsbericht ist ein reiner Schönwetterbericht. Jährlich wird alles, was gut läuft, im Geschäftsbericht dargestellt. Die weniger positiven Aspekte sind daraus nicht ersichtlich. Deshalb ist der Geschäftsbericht in seiner Funktion als Arbeitsgrundlage der GPK nicht sehr aussagekräftig. Man muss gut zwischen den Zeilen lesen oder ein besonderes Gefühl dafür haben, wenn man problematische Bereiche erkennen will. Seit Jahren weisen wir von Seiten der GPK auf diesen Mangel hin und geben dem Stadtrat Rückmeldung – leider ohne Erfolg. Vor einigen Jahren hat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus RPK und GPK das Konzept des aktuellen Geschäftsberichts erarbeitet. Auch da haben wir bereits den Aspekt der gehaltvolleren Berichterstattung versucht einzubringen. Jetzt kann man eigentlich nur noch sagen, dass das äussere Erscheinungsbild absolut in Ordnung, der Inhalt jedoch nicht in sämtlichen Aspekten befriedigend ist. Ich hoffe sehr, dass die GPK das Gespräch über diesen Punkt weiterhin führen wird und beim Stadtrat vorstellig wird, so dass wir versuchen können, eine bessere Arbeitsgrundlage für unsere künftige Prüfungsarbeit zu bekommen.

Mauro Tuena (SVP): Ich stelle fest, dass ausser der SVP offenbar alle anderen GPK-Mitglieder mit dem Bericht des Stadtrats zufrieden sind. Wie bereits meine beiden Vorredner gesagt haben, handelt es sich um einen Schönwetterbericht. Die Mängel innerhalb des Stadtrates kommen schon beim Vorwort deutlich zum Vorschein. Da schreibt der Stadtrat beispielsweise, dass das Jahr 2011 schwierig angefangen habe mit einer Budgetrückweisung, die der Stadtrat folgendermassen begründet: „Beide Aufgaben hat die Stadtverwaltung mit grosser Umsicht bewältigt.“ Heute wissen wir alle, dass die Umsicht nicht so gross gewesen ist, sondern dass der Stadtrat, um diese bürgerlichen Sparvariante vorzuführen, dort gespart hat, wo es den Leuten weh tut und nicht dort, wo man problemlos hätte sparen können. Wie man da in einem Geschäftsbericht von grosser Umsicht reden kann, ist mir zum jetzigen Zeitpunkt schleierhaft. Wenn man das Traktandum 2, die Legislatorschwerpunkte 2010 bis 2014 anschaut, dann lese ich im Bericht kein Wort von den grossen Problemen, die wir bei uns in der Stadt haben: Wirtschaft, Finanzkrise, Wohnungsnot und die Zuwanderung, die vielen Mitmenschen auf dem Herzen liegt und nicht unproblematisch ist. Stattdessen liest man als erstes Kapitel: „Kultur- und Kreativstadt Zürich“. Es geht in diesem Stil weiter, offenbar sind dies die grossen Probleme, die die Stadt Zürich hat. Ich möchte die Stadtverwaltung und den Stadtrat bitten, künftig auch auf die unangenehmeren Punkte einzugehen und nicht die Kultur als erste Priorität zu erwähnen.

Michael Schmid (FDP): Kommen wir zum Vorwurf des Schönwetterberichts. Natürlich wurden die problematischen Aspekte weniger prominent abgehandelt als die gelungenen Dinge. Aber da muss man sich in der Welt auch ein wenig umsehen und mit anderen Städten in Europa und der restlichen Welt vergleichen. In einem solchen internationalen Vergleich stehen wir sowohl gemäss der Statistiken sowie auch gemäss unseres subjektiven Empfindens in allen vorstellbaren Indikatoren sehr gut da. Eine Geschäftsberichtsdebatte soll dazu da sein, auch auf die weniger positiven Aspekte hinzuweisen und ich stelle fest, dass dies bislang noch nicht sehr substantiiert erfolgt ist. Ich möchte dies am Aspekt der Selbstreflexion und dem Umgang mit Kritik im Stadtrat darlegen. Zunächst zur Selbstreflexion: Sie können im Geschäftsbericht auf Seite 41 nachlesen, dass das Stadtarchiv und die Statistik wieder getrennt und zu zwei separaten Dienstabteilungen wurden. Begründet wird dies damit, dass das Stadtarchiv wieder eine eigene

Dienstabteilung sein soll, da dies in der Ausübung seiner Querschnittsfunktion von grossem Nutzen sei. Wenn Sie den Geschäftsbericht vom Jahr 2004 konsultieren, stellen Sie fest, dass Querschnittsfunktionen und Synergien genau die Argumente waren, die zu einer Zusammenlegung führten. Wenn für zwei entgegengesetzte Entwicklungen genau dieselbe Begründung ohne jegliche kritische Einordnung genannt wird, sehen wir einen gewissen Handlungsbedarf in Bezug auf die Selbstreflexion. Ein Paradebeispiel für mangelnde Kritikfähigkeit hat das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement sowie der Stadtrat im Zusammenhang mit der Untersuchung der GPK zum Parkplatzkompromiss geliefert. Im Geschäftsbericht wird festgehalten, die Vorwürfe seien falsch gewesen, man hätte aber nichtsdestotrotz sehr viel Arbeit damit gehabt. Da wird natürlich ausgeblendet, dass die GPK im Bericht vom 9. Mai 2011 das Thema schon umfassend aufgearbeitet hat und der Bericht auch zur Kenntnis genommen wurde. Statt aber als Antwort auf ein Kurzgutachten einfach auf den Bericht der GPK zu verweisen, wurde ein aufwändiges Gegengutachten in Auftrag gegeben, das gegenüber dem GPK-Bericht keinerlei neue Erkenntnisse brachte. Anstatt sich der kritischen Einschätzung der GPK zu stellen, wurden lediglich finanzielle und personelle Ressourcen verbraucht.

Peter Küng (SP): *Ich hoffe, dass dies der Anfang eines fruchtbaren Lernprozesses ist. Meine Feststellung allerdings ist, dass die Aussage von Bruno Sidler (SVP) natürlich auch richtig ist, nämlich dass der Geschäftsbericht mehrere Funktionen hat und auch eine Werbung des Stadtrates darstellt und es schwierig ist, dies als Arbeitsinstrument zu sehen. Der Geschäftsbericht ist aber auch nicht das einzige Instrument, mit dem wir mit dem Stadtrat zusammenarbeiten können. Wenn wir nicht mit dem Stadtrat einverstanden sind, können wir Fragen stellen. Diese Fragen werden schnell und in den allermeisten Fällen sehr sachlich und ausführlich beantwortet. Die Stadträtinnen und Stadträte sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen häufig bei uns vorbei und bringen fundierte Voten vor. Dies gehört auch dazu. Es ist nicht ausreichend zu sagen, dass der Geschäftsbericht nichts wert sei. Man muss auch sagen, dass es Kommunikation seitens des Stadtrates gibt, die anders ist. Wir stehen hinter dem Geschäftsbericht.*

Roger Liebi (SVP): *Ein Geschäftsbericht ist normalerweise etwas, in dem sich der CEO äussert und darin Stellung nimmt zur Situation des Unternehmens oder in diesem Fall der Stadt Zürich. Im Vorwort des Berichts legt Frau Stadtpräsidentin Mauch sehr viel Gewicht auf die Kreativstadt Zürich. Ich habe mich ein bisschen umgeschaut, um zu sehen, welche anderen Städte sich ebenfalls Kreativstadt nennen. Da sind beispielsweise Berlin, Offenbach, Hamburg, Düsseldorf und Lissabon zu nennen: alles Städte mit grossen finanziellen Problemen. Wenn Sie versuchen, die Stadt Zürich vom Finanzplatz in einen Kreativplatz zu führen, dann wissen wir gleichzeitig auch, in welche Richtung Sie die Stadt führen: nämlich ebenfalls in die Richtung der Städte mit sehr ungesunden Finanzen. Mich interessiert, warum sich nicht der Finanzvorstand der Stadt Zürich äusserte, sondern die Stadtpräsidentin. Dieser Geschäftsbericht wäre eine Möglichkeit gewesen, um auf die Herausforderungen, die auf uns zukommen, aufmerksam zu machen: zum Beispiel in Bezug auf die Banken, wie beispielsweise die sich verschlechternde Arbeitsplatzsituation bei den Banken sowie in Bezug auf den Sozialstaat, der im Geschäftsbericht verkündet wird. Ebenfalls mit keinem Wort werden die Schwierigkeiten im Asylwesen und die Zuwanderung erwähnt. Deshalb glaube ich, dass es sehr viel gibt, aufgrund dessen man den Geschäftsbericht ablehnen könnte.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Zu dieser Schelte des Stadtrats, die vor allem von der SVP losgetreten wurde, möchte ich noch eine Bemerkung machen: das Buch, das uns vorliegt, heisst Geschäftsbericht und es liegt in der Natur der Sache, dass die Selbstdarstellung in Geschäftsberichten immer sehr positiv ist. Vielleicht müssten wir als Gemeinderat einen Rechenschaftsbericht verlangen und dadurch vielleicht fordern, dass auch die negativen Aspekte genannt werden. Der Hauptgrund meines Votums ist die GPK. Zu*

Beginn wurde das veränderte Vorgehen der GPK vorgestellt. Marcel Probst stellte dieses neue Vorgehen als positiv dar. Ich würde es als Vertreter einer Partei, die nicht in der GPK vertreten ist, etwas anders betrachten. Wenn die Postulanten, die sich mit dem Thema am besten auskennen, einen gut begründeten Punkt haben, weshalb der Geschäftsbericht noch nicht abgeschrieben werden soll, übergeht die GPK diese Minderheitenmeinung. Diese Praxisänderung halten wir für antidemokratisch, insbesondere ist es gegen den Schutz kleiner Parteien und Minderheiten, die in der GPK überstimmt werden können. Aus diesem Grund werden wir heute immer mit der SVP stimmen, weil die SVP in diesem Fall immer die Minderheit darstellt.

Severin Pflüger (FDP): *Ich bin etwas von der SVP enttäuscht. Von einer Oppositionspartei erwarte ich, dass sie so lange sucht, bis sie den Skandal in einem Geschäftsbericht gefunden hat. Dies ist die Aufgabe der Oppositionspartei. Die SVP sagt, der Geschäftsbericht sei schlecht, weil der Stadtrat seinem Erfolg etwas mehr Gewicht beimisst als dem Misserfolg. Es ist nicht aber nicht die Aufgabe einer Oppositionspartei herauszufinden, dass der Stadtrat mehr Gewicht auf den Erfolg legt. Ist es ein Skandal, dass der Stadtrat versucht, die Stadt Zürich als Kreativstadt zu platzieren? Wenn minutiös aufgezählt wird, welche Kreativstädte keine so gut geführte Kasse haben, wie die Stadt Zürich, sehe ich den Vorwurf an den Stadtrat nicht. Die wirklichen Missstände wurden nicht von der SVP, sondern vom Vizepräsidenten der GPK erwähnt.*

Katrin Wüthrich (SP): *Ich habe eine Bemerkung an Herrn Mächler (EVP) zu den Abschreibungsanträgen bei den Postulaten. Zur Information: es steht in der Geschäftsordnung gemäss Art. 95 Abs. 3, dass die GPK für die Abschreibungsanträge zuständig ist. Wir sind eine Kommission, die sich an die Geschäftsordnung hält und deshalb auch so arbeitet. Wir haben die Thematik schon vor einem Jahr diskutiert. Damals wollte man die Geschäftsordnung nicht ändern, weshalb die GPK beschloss, weiterhin gemäss Geschäftsordnung zu arbeiten.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Severin Pflüger (FDP), wir haben wahrscheinlich ein anderes Verständnis. Wir müssen nicht unbedingt nur Skandale ausgraben und diese hier aufstellen. Ein Verein kann sich in einem Jahresbericht entweder gut oder weniger gut darstellen und die Mitglieder haben die Möglichkeit nachzufragen oder Kritik vorzubringen. Dies möchte ich auch tun, selbst, wenn ich keine Skandale bieten kann. Im Grossen und Ganzen ist Zürich eine wunderbare Stadt. Ich und wahrscheinlich auch die meisten anderen SVP-Mitglieder leben gerne in dieser Stadt und finden sehr viele Dinge sehr gut. Ein gesunder Organismus kann aber nichtsdestotrotz einzelne kranke Organe haben, was den gesamten Organismus in Mitleidenschaft zieht. Die 1.3 Milliarden, um die man in den nächsten Jahren das Fremdkapital erhöhen will, zeigen, dass man den Gürtel nicht enger schnallen will. Weiter zeigt es, dass man Sportcenter und Kulturbauten errichten will. Ferner explodieren die Kosten im Medizinalbereich, im Bereich der Altenpflege oder der Zusatzleistungen. Es zeigt, dass man in diesen Bereichen nicht sparen will, sondern sich mit diesen 1,3 Milliarden Fremdkapital über die Runden schleppt. Dies ist mindestens ein Aspekt, den man erwähnen und in einem Jahresbericht auch diskutieren könnte. Ein zweiter Aspekt ist, dass die Wirtschaftsförderung in dieser Stadt nur auf einer halben Seite abgehandelt wird. Ein weiterer Punkt, der auf mich einen schlechten Eindruck machte, ist die Tatsache, dass – wie auf Seite 200 nachzulesen ist – der Stadtrat mit einem Moratorium beschlossen hat, der Escher-Wyss-Platz solle leer stehen. Das wirkt in einem Geschäftsbericht etwas seltsam und bringt mich und meine Partei dazu, das abzulehnen.*

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Ich habe den Eindruck, die SVP-Fraktion ist hier am falschen Ort. Sie vergleichen die Stadt mit einem Verein, Roger Liebi (SVP) vergleicht sie mit einer Firma. Wir sind weder eine Firma, noch ein Verein. Wir sind die Stadt Zü-*

rich als Gemeinwesen. Wenn euch dies nicht passt, dann geht zu einer Firma, aber stellt nicht solche Vergleiche an.

Mauro Tuena (SVP): Vermutlich hat Herr Papageorgiou (SP) in einem Punkt recht: einige von uns sind hier vermutlich am falschen Platz. Ich bin mir sicher, dass mindestens zwei hier nach vorne gehören. Einen Punkt möchte ich von Severin Pflüger (FDP) aufnehmen: es ist erstaunlich, dass du den Bericht nicht kritisch anschaust, obwohl ein Partei- und Fraktionskollege von dir, Marc Bourgeois (FDP), sehr viel Freizeit aufwendet, um im Departement von Ruth Genner kritische Fragen zu stellen. Da verstehe ich nicht, wie man im Departement von Frau Genner alles in Ordnung finden kann. Eine dritte Bemerkung: wir messen uns nicht mit etwas, das noch schlechter ist. Wir messen uns mit etwas Gutem und schauen, dass wir noch besser werden. Es ist immer einfach, sich mit Städten zu messen, die wesentlich schlechter dastehen.

Detailanträge der GPK (Abschreibungsanträge Postulate)
vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 12.09.2012

Einstimmige Anträge Abschreibung

Der Rat stimmt den einstimmigen Abschreibungsanträgen der GPK stillschweigend zu.

Anträge Mehrheit Abschreibung

Finanzdepartement

Antrag 1:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Katrin Wüthrich (SP): Das Jahr 2004 ist vorbei, deshalb bitte ich Sie, mit der Mehrheit zu stimmen und der Abschreibung zuzustimmen.

Bruno Amacker (SVP): Ich stelle den Antrag, nicht abzuschreiben. Die Begründung liefert Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP).

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Mehrheitsbegründung war sehr minimalistisch. Man hätte immerhin sagen können, dass das Postulat aus dem Jahr 2004 stamme und dies schon lange her sei. Das stimmt, aber gebessert hat sich daran nichts. Wenn wir das jetzt abschreiben, müssen wir es wieder neu einreichen.

POS	27.11.2002	im Oberdorf Bernhard, Dr. und Garzotto Bruno
2002/002451	11.12.2002	Städtisches Personal, Stellenplafonierung für das Jahr 2004
2002/000547		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Katrin Wüthrich (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 27 Stimmen zu.

Polizeidepartement

Anträge 2 und 3:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Matthias Probst (Grüne): *Ich spreche gleich über die nächsten beiden Postulate. Sie handeln beide vom Hallenstadion und vom Letzigrund. In einem will der Postulant massive Bussen und im anderen Sanktionen. Beides ist bereits erfüllt, denn es gibt bereits Bussen für fehlbares Verhalten in diesen beiden Stadien. Strafrechtlich ist aber beides nicht relevant.*

Bruno Amacker (SVP): *Es ist zwar nicht eine gemeinsame Behandlung beantragt, aber ich stelle für beide Postulate den Antrag, sie nicht abzuschreiben. Die Begründung liefert Mauro Tuena (SVP).*

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): *Es ist ein Problem, das in den Stadien tagtäglich vorhanden ist. Deshalb ist es wichtig, den Druck aufrecht zu erhalten. Es handelt sich um Vorstösse, die damals die Mehrheit des Parlaments überwiesen hat und daran sieht man, dass der Druck auf den unterschiedlichen Playern, wie beispielsweise dem Schul- und Sportdepartement als Inhaberin des Stadions aufrecht erhalten werden soll. Es handelt sich um Situationen, die in dieser Form innerhalb des Stadions nicht vertretbar sind. Es handelt sich sowohl um brennende Fackeln als auch das Werfen von Gegenständen und das Herausrennen auf den Rasen.*

Antrag 2:

POS	27.05.2009	Schwyn Markus und Gut Susi
2009/000551	26.08.2009	Bussen für das Werfen von Gegenständen durch Zuschauer im Hallenstadion und im Letzigrund
2009/000213		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 27 Stimmen zu.

Antrag 3:

POS	27.05.2009	Schwyn Markus und Gut Susi
2009/000553	26.08.2009	Bussen für das Betreten des Spielfeldes durch Zuschauer im Hallenstadion und im Letzigrund
2009/000215		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend: Bruno Amacker (SVP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 27 Stimmen zu.

Gesundheits- und Umweltdepartement

Antrag 4:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Markus Kunz (Grüne): *Der Vorstoss bezieht sich in einem ersten Teil auf eine Realität, die es nicht mehr gibt. Es handelt sich um den Staatsvertrag von 2003, der abgelehnt wurde. Im zweiten Teil bezieht er sich auf das Nordanflugverfahren. Auch da ist viel Zeit vergangen und das Anliegen befindet sich auf einem guten Weg. Dazu kommt noch, dass wir im Punkt 7.1 ein ähnliches Postulat desselben Postulanten stehengelassen haben, wo man sich ein dreiviertel Jahr später zu diesem Nordanflugverfahren äussern wird. Das heisst: das Anliegen ist nicht vom Tisch.*

Roger Bartholdi (SVP): *Ich möchte zunächst etwas Grundsätzliches sagen. Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass erstens das Postulat jeweils vom Gemeinderat überwiesen wurde und dass zweitens das Postulat entsprechend geprüft werden muss sowie, dass drittens die Kontrolle, ob dies entsprechend befolgt wurde, primär beim Postulanten oder der Postulantin liegt, viertens deshalb die SVP den Postulanten oder die Postulantin unterstützen, wenn sie der Auffassung sind, dass man das Postulat noch nicht abschreiben kann. Dies tun wir auch bei denjenigen, die nicht Mitglied bei der SVP sind.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Soweit ich die Begründung verstanden habe, war sie eher dürftig. Die Angelegenheit ist überhaupt nicht erledigt. Da könnte man auch behaupten, die Südanflüge seien weg, oder es sei eine gute Sache, dass man die Südanflüge habe. Dies ist überhaupt nicht der Fall. Das Problem ist nicht gelöst und deshalb kann man das Postulat nicht abschreiben. Da kann auch nicht darauf verwiesen werden, dass andere Postulate, die eine ähnliche Zielrichtung besitzen, Bestand haben. Es ist nicht alles unbedingt genau dasselbe. Der Stadtrat macht sich stark für die Abschreibung des Postulats und wird danach wieder behaupten, man könne den Flugverkehr nicht einschränken. Viele Leute reden in diesem Dossier mit, die keine Ahnung davon haben.*

Urs Schmid (FDP): *Es gibt vier Postulate, bei denen Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) unter anderen der Urheber ist. Wir beantragen aber nur zwei davon zur Abschreibung, die anderen beiden sind noch aktuell. Aber der Staatsvertrag, den die Bundesversammlung inzwischen ablehnte, ist nicht mehr aktuell. Deshalb ist dieses Postulat erledigt.*

POS	02.10.2002	Im Oberdorf Bernhard
2002/001884	30.10.2002	Flugverkehr, Vermeidung von Südanflügen über Zürich Nord
2002/000405		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 30 Stimmen zu.

Antrag 5:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Markus Kunz (Grüne): *Der nächste Vorstoss verlangt eine Intervention der Stadtregierung bei der deutschen Bundesregierung in Bezug auf die Südanflüge. Der Stadtrat verweist darauf, dass es bei internationalen Kontakten einen Dienstweg gibt. Er bezeichnet das Postulat als nicht erfüllbar. Die informellen und inoffiziellen Kontakte werden selbstverständlich wahrgenommen.*

Roger Bartholdi (SVP): *Auch in diesem Fall gilt das im Antrag 4 erwähnte.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Selbstverständlich war es nicht so gemeint, dass die Stadtregierung direkt mit Frau Bundeskanzlerin Merkel sprechen soll. Im Übrigen wäre der Verkehrsminister, Herr Ramsauer, die korrekte Ansprechperson. Es geht aber ebenso wenig darum, dass die Stadtregierung direkt in Berlin vorstellig wird. Dies müsste natürlich indirekt über Bern geschehen. Wenn die Stadt Zürich Bern den Rücken stärkt, ist es möglich, dass Bern in Berlin vorstellig wird. Ein solches Postulat in der aktuellen Situation mit dem Staatsvertrag, der jetzt möglicherweise auf uns zukommt, kann unter keinen Umständen abgeschrieben werden.*

POS	14.01.2004	Im Oberdorf Bernhard und Haueter Kurt
2004/000091	25.01.2004	Südanflüge, Intervention bei der Deutschen Bundesregierung
2004/000025		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 27 Stimmen zu.

Antrag 6:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Markus Kunz (Grüne): Der Stadtrat verweist in seinem Ablehnungsantrag auf die übergeordnete Gesetzgebung in Bezug auf die Anzahl Toiletten in öffentlichen Gebäuden. Selbstverständlich kann man da auch darüber hinausgehen, jedoch hat dies Kosten zur Folge. Im zweiten Teil des Postulates geht es um Damentoiletten an öffentlichen Veranstaltungen. Sie konnten sich vermutlich davon überzeugen, dass dem Anliegen durchaus Rechnung getragen wird.

Renate Fischer (SP): Im Abschreibungsantrag des Stadtrates werden verschiedene bereits heute geltende Massnahmen und Vorschriften erwähnt. Allerdings wissen die Meisten von Ihnen aus eigener Erfahrung, dass das Problem, dass es zu wenige Frauentoiletten gibt, damit nicht gelöst wird.

Weitere Wortmeldung:

Severin Pflüger (FDP): Ich verlange einen Namensaufruf. Ich denke, es ist für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger interessant zu wissen, wer dafür ist, dass der Stadtrat nochmal ein Jahr lang prüfen soll, ob er die Anzahl der Damentoiletten verdoppeln soll. Ich kann mir keine Staatsaufgabe vorstellen, mit der man mehr und sinnloser Geld verschwenden kann.

POS	30.08.2006	Müller Yvonne und Hirzel Astrid
2006/000940	02.12.2009	Öffentliche WC-Anlagen, Verdoppelung der Anzahl für Frauen
2006/000349		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Christian Traber (CVP)
Minderheit:	Renate Fischer (SP), Referentin; Roger Bartholdi (SVP), Peter Küng (SP), Bruno Sidler (SVP), Katrin Wüthrich (SP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Severin Pflüger (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Severin Pflüger (FDP) mit 97 gegen 3 Stimmen zu.

Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 41 GeschO GR

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
002	Abele	Martin	Grüne	JA
032	Altinay	Petek	SP	NEIN
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	NEIN
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN

013	Aubert	Marianne	SP	NEIN
060	Bär	Linda	SP	NEIN
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	JA
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	NEIN
161	Bosshard	Gerhard	EVP	NEIN
117	Bourgeois	Marc	FDP	JA
017	Brander	Simone	SP	NEIN
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
030	Denoth	Marco	SP	NEIN
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	NEIN
166	Egger	Urs	FDP	JA
175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	NEIN
050	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer-Schmitt	Renate	SP	NEIN
003	Frei	Dorothea	SP	NEIN
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	--
045	Glaser	Helen	SP	NEIN
009	Graf	Davy	SP	NEIN
033	Gut	Christoph	SP	--
119	Hagger	Joachim	FDP	JA
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	NEIN
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	JA
036	Hauri	Andreas	GLP	JA
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
049	Heinrich	Uschi	SP	NEIN
029	Hochreutener	Andrea	SP	NEIN
147	Hohl	Marc	FDP	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
005	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
037	Hüni	Guido	GLP	JA
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	JA
070	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
023	Käser	Philipp	GLP	--
132	Kessler	Alain	FDP	JA
083	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
054	Kisker	Gabriele	Grüne	--

055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	NEIN
069	Kunz	Markus	Grüne	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	JA
001	Leiser	Albert	FDP	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	NEIN
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
101	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	NEIN
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	JA
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
157	Müller	Rolf	SVP	--
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	NEIN
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	NEIN
081	Recher	Alecs	AL	NEIN
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	NEIN
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	--
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	JA
148	Schmid	Urs	FDP	JA
103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	--
028	Seidler	Christine	SP	NEIN
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	NEIN
120	Simon	Claudia	FDP	JA
105	Spiess	Christoph	SD	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
071	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	NEIN
027	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	--
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN

059	Tozzi	Lucia	SP	--
099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	NEIN
133	Uttinger	Ursula	FDP	JA
015	Utz	Florian	SP	NEIN
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	NEIN
039	von Planta	Gian	GLP	JA
046	Wepf	Mirella	SP	NEIN
097	Weyermann	Karin	CVP	JA
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	NEIN
066	Würth	Eva-Maria	SP	NEIN
020	Wüthrich	Katrin	SP	NEIN
047	Wyler	Rebekka	SP	NEIN
073	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 48 gegen 68 Stimmen ab.

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

Antrag 7:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Christian Traber (CVP): Der Stadtrat hat im Geschäftsbericht ausführlich dargelegt, was er gegen die Misere der Abfälle in öffentlichen Anlagen getan hat. Die Mehrheit der GPK findet, dass die Massnahmen, die der Stadtrat in der Zwischenzeit ergriffen hat, ausreichend sind.

Bruno Sidler (SVP): Die Minderheit beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben. Die Begründung liefert Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP).

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Herrn Trabers (CVP) Erläuterungen sind interessant, die Wirklichkeit widerspricht dem Gehörten jedoch. Beispielsweise wurde im Irchelpark seit mindestens zehn Jahren nichts mehr gemacht.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: Die Wirklichkeit ist nicht immer so einfach. Der Irchelpark gehört dem Kanton, die Stadt kann nichts dafür, dass dort nichts passiert ist.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der Irchelpark gehört tatsächlich dem Kanton, für seinen Unterhalt ist aber die Stadt zuständig.

POS	09.05.2007	im Oberdorf Bernhard und Nikles Hans
2007/000495	25.02.2009	Abfälle in öffentlichen Anlagen, kostenneutrale Vermeidung
2007/000247		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Christian Traber (CVP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Bruno Sidler (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP), Vizepräsident Michael Schmid (FDP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 8:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Christian Traber (CVP): *Auch in diesem Fall hat der Stadtrat bereits dargelegt, weshalb die Begründung der Hardturmstrasse zwar wünschenswert, aber nicht möglich ist. Der Hinweis der Postulantin, dass die Hardturmstrasse in sechs Jahren möglicherweise sowieso umgestaltet werde, ist ebensowenig hilfreich. Sollte das Problem in sechs Jahren weiterhin bestehen, kann das Postulat nochmals eingereicht werden.*

Matthias Probst (Grüne): *Die Begründung des Stadtrats ist nicht ganz einleuchtend. Er argumentiert, dass die Tramtrasse einerseits für Rettungsfahrzeuge gebraucht werden sollte und es andererseits städtebaulich nicht erwünscht sei, wenn der Grünstreifen ab und zu durch Querungen zerstückelt werde. Rettungsfahrzeuge können dort sehr gut auf der normalen Strasse verkehren. Seit die neue Pfingstweidautobahn gebaut ist, ist der Verkehr auf der Hardturmstrasse entlastet.*

POS	23.05.2007	Rykart Sutter Karin und Knauss Markus
2007/000565	30.09.2009	Tramtrasse an der Hardturmstrasse, Begründung
2007/000287		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Christian Traber (CVP), Referent; Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Roger Bartholdi (SVP), Markus Kunz (Grüne), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 46 Stimmen zu.

Antrag 9:

Kommissionsmehrheit:

Christian Traber (CVP): *Wir waren für das Postulat, aber wir respektieren das Abstimmungsverhalten in diesem Rat und deshalb ist das Postulat nicht mehr erfüllbar.*

Weitere Wortmeldungen:

Bruno Amacker (SVP): *Die SVP stellt den Ablehnungsantrag.*

Mauro Tuena (SVP): *Das Parlament hat eingehend über das Postulat diskutiert und es wurde mehrheitlich angenommen. Der Hafenkran soll, wie Stadträtin Ruth Genner angekündigt hat, 2014 realisiert werden. Der Wille des damaligen Parlaments muss bestehen bleiben. Ruth Genner weiss genau, dass sie im Volk bestimmt keine Mehrheiten haben wird. Ich habe keinerlei Verständnis dafür, dass das Postulat abgeschrieben werden soll.*

Roger Bartholdi (SVP): *Ich möchte darauf hinweisen, dass Christian Traber als Sprecher der GPK-Mehrheit gesprochen hat und nicht als CVP-Fraktionschef.*

POS	04.02.2009	Gut Susi und Schwyn Markus
2009/000149	09.12.2009	Limmatquai, Verzicht auf Installation eines Hafenkran
2009/000057		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit: Christian Traber (CVP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Katrin Wüthrich (SP)

Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Bruno Sidler (SVP)

Abwesend: Bruno Amacker (SVP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 42 Stimmen zu.

Departement der Industriellen Betriebe

Antrag 10:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Renate Fischer (SP): *Der Stadtrat kommt dem Postulat mit einer Einschränkung, derzufolge am Sonntagvormittag weiterhin Midibusse fahren sollen, entgegen. Die zeitweise Umstellung auf kleinere Fahrzeuge bedeutet, dass die VBZ zusätzliche Kleinbusse anschaffen müsste. Die VBZ hat die Anschaffung von Kleinbussen geprüft und kam zum Schluss, dass die Kapazität dieser Kleinbusse auf einem Teil dieser Strecke am Abend nicht ausreichend ist. Die Folge wäre somit ein Abbau der Kapazität bei gleichzeitigem Anstieg der Kosten durch die Anschaffung der zusätzlichen Fahrzeuge und deren Unterhalt.*

Roger Bartholdi (SVP): *Die SVP-Minderheit unterstützt die Postulantin, das Votum folgt sogleich.*

Weitere Wortmeldung:

Ruth Anhorn (SVP): Das Postulat wurde damals einstimmig überwiesen. Die Begründung kann ich nicht akzeptieren. Die Rede ist von gewissen Teilen dieser Linie. Ich nehme an, es betrifft den Bahnhof Altstetten. Die Linie 71 wurde eingestellt und man hat dort einen Versuch mit Kleinbussen gemacht. Es ist mir klar, dass bei schönem Wetter die Leute, die von den S-Bahnen kommen, ein bisschen Geduld haben müssen. Wenn man in Richtig Triemli hochfährt, kann man auch einen Bus der Linie 80 nehmen und nicht unbedingt einen der Linien 78 und 35, die nach 20 Uhr zusammengehängt sind. Deshalb musste man die Leute dort bei schönem Wetter stehen lassen. Aber unter anderen Umständen ist der Bus normalerweise halb leer. In der Zwischenzeit habe ich eine schriftliche Anfrage gestellt und wir werden sehen, wie die Antwort ausfällt.

POS	01.06.2005	Anhorn Ruth
2005/000687	15.06.2005	VBZ-Buslinie 78, teilweise Umstellung von Midi- auf Kleinbusse
2005/000213		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 29 Stimmen zu.

Schul- und Sportdepartement

Antrag 11:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Peter Küng (SP): Die Postulantin und der Postulant sind nicht mehr im Rat. Sie forderten damals, dass der Stadtrat prüft, wie bei Hochrisikospielen im Hallenstadion und Letzigrund die Sicherheit auf Kosten der Vereine erhöht werden kann. Der Stadtrat antwortet, dass einerseits innerhalb der Stadien der Betreiber der Stadien zuständig ist und andererseits, dass im Zuständigkeitsbereich der Stadt üblicherweise nicht die Sicherheitskräfte massiv erhöht werden, sondern die Sicherheitskonzepte regelmässig überprüft und angepasst werden.

Roger Bartholdi (SVP): Die GPK-Minderheit empfiehlt das Postulat nicht abzuschreiben. Die Begründung folgt.

Weitere Wortmeldung:

Ruth Anhorn (SVP): Wir unterstützen das Postulat unserer ehemaligen Mitglieder, weil es nach wie vor Gültigkeit besitzt. Es ist eine Tatsache, dass nach wie vor – sowohl im Letzigrund als auch im Hallenstadion – Probleme bestehen. Es fallen riesige Kosten für den Staat an. Ich finde, dass die Vereine herangezogen werden und ihren Beitrag leisten müssen – sei es in Bezug auf die Sicherheit oder finanziell.

POS	27.05.2009	Gut Susi und Schwyn Markus
2009/000550	26.08.2009	Kostenüberwälzung bei Hochrisikospiele im Hallenstadion und im Letzigrund
2009/000212		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Peter Küng (SP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 27 Stimmen zu.

Sozialdepartement

Antrag 12:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Peter Küng (SP): Die Postulantin bittet den Stadtrat zu prüfen, wie die Mietverträge der Klientinnen und Klienten verstärkt auf mietrechtlich ausgewiesene Reduktionsmöglichkeiten zu überprüfen sind. Der Stadtrat schreibt, er habe dies während eines Jahres geprüft und daraufhin habe er das Handbuch zur Überprüfung der Mieten angepasst. Die Mehrheit der GPK findet, das Postulat sei dadurch erfüllt.

Roger Bartholdi (SVP): Die Minderheit beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben. Wir folgen immer dem Postulanten oder der Postulantin.

Weitere Wortmeldung:

Alecs Recher (AL): Es ist so, dass der Stadtrat ein Mal eine solche Prüfung durchführte. Einerseits muss man sich aber anschauen, welche Kriterien für diese Überprüfung angewendet wurden und andererseits muss auch geschaut werden, was nach dieser Überprüfung erfolgte. Bei den Kriterien kann man sagen: wenn die Miete mehr als 1600 Franken beträgt, wird sie überprüft. Wir wissen alle, dass der kritische Betrag 1100 betragen müsste. Es zeigt für mich, dass der Stadtrat kein Interesse daran hatte, etwas mit dieser Überprüfung auszulösen. Wenn man schaut wie es weitergeht, sieht man, dass ein Leitfaden zur Überprüfung erstellt wurde. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Überprüfung auch tatsächlich stattfindet.

POS	23.11.2005	Recher Anja
2005/001428	16.12.2005	Soziale Dienste, Anstellung von Fachpersonen für Mietverträge
2005/000485		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Peter Küng (SP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 31 Stimmen zu.

Antrag 13:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Peter Küng (SP): *Dieses Postulat ist ganz offensichtlich umgesetzt. Tatsächlich werden die Mieten und Krankenkassenbeiträge in einigen Fällen bereits direkt überwiesen.*

Roger Bartholdi (SVP): *Die GPK-Minderheit empfiehlt, das Postulat nicht abzuschreiben. Die Begründung folgt durch Mauro Tuena (SVP).*

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): *Dies ist ein Vorstoss, den wir von einer Gruppierung übernehmen, die nicht mehr in diesem Rat sitzt. Der Vorstoss besitzt, wie die täglichen Medienberichterstattungen zum Thema Sozialhilfe zeigen, weiterhin Gültigkeit.*

POS	31.05.2006	Gut Susi und Schwyn Markus
2006/000582	22.10.2008	Sozialhilfe, Direktüberweisung von Mieten und Krankenkassenprämien
2006/000205		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Peter Küng (SP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 27 Stimmen zu.

Antrag Mehrheit Nichtabschreibung

Departement der Industriellen Betriebe

Antrag 14:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Renate Fischer (SP): *Das Postulat wollte in Erinnerung rufen, dass die Westtangente 1972 als Provisorium gebaut wurde. Dass dieses Postulat ausgerechnet zum 40-jährigen Jubiläum dieses Provisoriums abgeschrieben werden soll, sendet die falsche Botschaft an die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner.*

Christian Traber (CVP): *Die Minderheit der GPK ist der Meinung, dass die Voraussetzungen für einen Namenswechsel nicht gegeben sind. Die Voraussetzungen für eine sinnvolle Namensgebung einer Haltestelle, wie beispielsweise Erkennlichkeit und allgemeine Bekanntheit, sind beim vorgeschlagenen neuen Namen nicht gegeben.*

Weitere Wortmeldung:

Severin Pflüger (FDP): Auch da verlange ich eine Abstimmung unter Namensaufruf. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger interessant zu sehen, wer die Haltestelle in «Provisorium» umbenennen will. Ausserdem wurde an einer Volksabstimmung beschlossen, dass es sich definitiv nicht mehr um ein Provisorium handelt, sondern dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dies so wollen. Ausserdem will ich, dass die Benutzerinnen und Benutzer der VBZ-Linien ihre Haltestellen auch finden und dorthin gelangen, wohin sie wollen. Dies wäre mit dem neuen Namen nicht mehr gegeben.

POS	07.04.2004	Graf Wüthrich Franziska und Schmid Georg
2004/000717	25.05.2005	VBZ-Haltestellen an der Rosengartenstrasse, Umbenennung in
2004/000203		«Provisorium»

Die Mehrheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Die Minderheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Mehrheit:	Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Roger Bartholdi (SVP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Bruno Sidler (SVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Christian Traber (CVP), Referent; Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Severin Pflüger (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Severin Pflüger (FDP) mit 89 gegen 8 Stimmen zu.

Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 41 GeschO GR

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
002	Abele	Martin	Grüne	JA
032	Altinay	Petek	SP	JA
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	ENTHALTEN
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
060	Bär	Linda	SP	JA
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	JA
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	JA
161	Bosshard	Gerhard	EVP	JA
117	Bourgeois	Marc	FDP	JA
017	Brander	Simone	SP	JA
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
030	Denoth	Marco	SP	JA
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA

057	Dubs	Marianne	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
166	Egger	Urs	FDP	JA
175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
050	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer-Schmitt	Renate	SP	JA
003	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	--
045	Glaser	Helen	SP	JA
009	Graf	Davy	SP	JA
033	Gut	Christoph	SP	--
119	Hagger	Joachim	FDP	JA
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	JA
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	JA
036	Hauri	Andreas	GLP	JA
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
049	Heinrich	Uschi	SP	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
037	Hüni	Guido	GLP	JA
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	JA
070	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	--
132	Kessler	Alain	FDP	JA
083	Kirstein	Andreas	AL	ENTHALTEN
054	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA
069	Kunz	Markus	Grüne	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	--
001	Leiser	Albert	FDP	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	JA
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
101	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA

092	Meier	Daniel	CVP	JA
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
157	Müller	Rolf	SVP	--
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	ENTHALTEN
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	--
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	JA
148	Schmid	Urs	FDP	JA
103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	--
028	Seidler	Christine	SP	JA
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	JA
120	Simon	Claudia	FDP	JA
105	Spiess	Christoph	SD	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
071	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	--
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
059	Tozzi	Lucia	SP	--
099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
133	Uttinger	Ursula	FDP	JA
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	JA
046	Wepf	Mirella	SP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	JA
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA

082	Wolff	Richard	AL	ENTHALTEN
066	Würth	Eva-Maria	SP	JA
020	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wyler	Rebekka	SP	JA
073	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 36 Stimmen zu.

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2011 wird gemäss Art. 41 lit. e der Gemeindeordnung abgenommen.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): *Ich möchte zu bedenken geben, dass es hoffentlich die erste und letzte Debatte dieser Art ist, die wir in diesem Rat führen. Als Minderheit hat man es in der Stadt Zürich schwer, einen Vorstoss durchzubringen. Ich finde es problematisch, wenn ein Postulat gegen den Willen des Rats überwiesen wird, der zuständige Stadtrat das Postulat nicht umsetzen will und es in einem Jahr wieder auftaucht und abgeschrieben wird. Unsere Fraktion hat die Grundsatzdebatte zum Umgang mit solchen Vorstössen geführt. Wir akzeptieren und respektieren die Meinung dieses Rates und somit auch den Wunsch der Postulanten. Wir werden sehen, wie es sich in Zukunft weiter entwickelt. Sollte die GPK auf diesem geschäftsordnungskonformen Vorgehen beharren, werden wir in einer der nächsten Fraktionssitzungen diskutieren müssen, ob wir einen Antrag einreichen, diesen sehr problematischen Passus in der Geschäftsordnung zu korrigieren.*

Irene Bernhard (GLP): *Das Vorgehen ist konform mit der Geschäftsordnung. Es war ein Jahr lang bekannt, dass wir gemäss der Geschäftsordnung handeln werden. Die IFK hielt eine Änderung der Geschäftsordnung nicht für sinnvoll und aus meiner Sicht kann es durchaus sinnvoll sein, dass diese Geschäftsordnung so bleibt, wie sie ist. Manche Vorstösse erübrigen sich mit der Zeit und diese sollten auch abgeschrieben werden können.*

Severin Pflüger (FDP): *Wir sind dazu da, dass wir die Geschäfte betrachten und materiell prüfen. Wenn wir das nicht machen, nehmen wir unsere Aufgabe nicht wahr. Wir sind kein Abstimmungsautomat. Am Schluss müssen wir den Wählerinnen und Wählern Rechenschaft ablegen, ob wir ihre Interessen hier im Rat vertreten. Die Beispiele der Damentoiletten und des Provisoriums zeigen, dass wir dieser Aufgabe nicht nachgekommen sind.*

Min Li Marti (SP): *Tatsächlich hat die GPK den Auftrag, den Geschäftsbericht zu prüfen. Dazu gehören auch die Vorstösse und Abschreibungsanträge. Die GPK hatte vor einiger Zeit diese Praxis geändert und gesagt, sie folge dem Antrag der Postulantin oder des Postulanten, weil die Behandlung des Geschäftsbericht und die Abschreibungsanträge zu epischen Debatten geführt habe. Diese Praxis war nicht völlig konform mit der Geschäftsordnung, aber der Rat kann sich auch auf eine Praxis einigen, die praktikabler ist. Es ist keine Frage der genauen Auslegung der Geschäftsordnung, sondern eine Frage der Praktikabilität. In den nächsten Jahren werden wir sehen, welche Auswirkungen diese neue Praxis der GPK haben wird. Vielleicht wird eines Tages die Praxis wieder geändert.*

Michael Baumer (FDP): Wir haben tatsächlich eine Praxisänderung vollzogen. Allerdings wurde uns diese durch die Geschäftsordnung aufgezwungen. Man kann nicht völlig gegen die Geschäftsordnung handeln. Die Geschäftsordnung könnte jederzeit geändert werden. Es besteht allerdings – da muss ich der SVP Recht geben – die Gefahr, dass die materielle Frage lediglich darin bestehen soll, zu prüfen, ob der Antrag erfüllt oder überhaupt erfüllbar ist. Die Frage, ob wir etwas wollen oder nicht, ist irrelevant. Wenn bewiesen wird, dass der Rat dem nachkommt, ist diese Art der Debatte richtig. Allerdings muss dieser Beweis noch erbracht werden.

Matthias Probst (Grüne): Die GPK nimmt diese Bedenken zur Kenntnis und wird sich auch in Zukunft Mühe geben, die vorliegenden Vorstösse in unserer Funktion als Aufsichtsorgan materiell zu prüfen. Ich denke, wir haben das dieses Jahr gut gemacht, auch wenn wir noch ein wenig üben müssen. Nächstes Jahr wird es bestimmt besser laufen. Ich bin der Ansicht, dass die Vorstösse, die der Gemeinderat als Gesamtgremium überwiesen hat, auch in die Kompetenz des ganzen Gemeinderats fallen. Ich denke, das ist demokratisch der richtige Weg. Wenn jemand eine Änderung der Praxis wünscht, dann soll er eine Änderung der Geschäftsordnung beantragen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
 Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
 Abwesend: Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2011 wird gemäss Art. 41 lit. e der Gemeindeordnung abgenommen.
2. Folgende Geschäfte werden als erledigt abgeschrieben:

Allgemeine Verwaltung / STS

POS	26.10.2011	Bürlimann Martin und Tomezzoli Ruggero
150.170.370-002	09.11.2011	Mitteilung an die Stimmberechtigten betreffend der fristgerechten Rücksendung der Abstimmungsunterlagen
2011/000391		

Präsidialdepartement

POS	25.01.2006	Marti Min Li
2006/000111	28.10.2009	Filmkommission, Schaffung und Betrieb durch Dritte
2006/000021		

POS	07.03.2007	Rosenheim Monjek
2007/000253	21.03.2007	Schauspielhaus, zusätzliche Nutzung des grossen Saals im Schiffbau
2007/000100		

POS 2008/000054 2008/000027	16.01.2008 30.01.2008	Grüne-Fraktion Weitere Kulturbereiche, Erstellen von Konzepten
POS 2008/000521 2008/000221	21.05.2008 06.01.2010	Bischof Jris und Wyler Rebekka Museen der Stadt Zürich, Erlass der Eintrittsgebühren bis zum 16. Alters- jahr
POS 2008/000690 2008/000299	25.06.2008 28.09.2011	Rabelbauer Richard Umwelttechnologie, Förderung von Unternehmen
POS 2009/001365 2009/000502	04.11.2009 02.12.2009	Strub Jean-Daniel und Nüssli-Danuser Andrea Leistungsvereinbarung für Grossanlässe, Konkretisierung der Verpflich- tung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit
POS 670.110.140-004 2011/000390	26.10.2011 09.11.2011	Grüne-Fraktion Verwendung eines Anteils der zur Verfügung stehenden freien Mittel für die Kulturförderung

Finanzdepartement

POS 2002/002451 2002/000547	27.11.2002 11.12.2002	im Oberdorf Bernhard, Dr. und Garzotto Bruno Städtisches Personal, Stellenplafonierung für das Jahr 2004
POS 2006/000113 2006/000023	25.01.2006 01.02.2006	Baumer Michael und Glättli Balthasar Open Source Software (OSS), jährlicher Bericht über deren Einsatz
POS 2006/001166 2006/000458	25.10.2006 18.03.2009	Rabelbauer Richard und Meier Daniel Forum für Freiwilligenarbeit, Verbreitung des Leitfadens für Arbeitgebende
POS 2007/000313 2007/000143	21.03.2007 11.11.2009	Papageorgiou Kyriakos und Bartal Isabel Städtisches Personal, Kennzeichnung der Fremdsprachenkenntnisse
POS 2007/000356 2007/000169	28.03.2007 11.11.2009	Jahreiss-Montagnani und Katumba Andrew Stadtverwaltung, Pilotbetrieb für anonyme Stellenbewerbungen
POS 2007/001281 2007/000636	06.12.2007 19.12.2007	Angst Walter und Badran Jacqueline Gewerbeliegenschaften, differenzierte Mietzinspolitik
POS 2007/001317 2007/000648	12.12.2007 09.01.2008	Meier Daniel und Anderegg Peter Finanzverwaltung, Zahlungsfristen und Abzug von Skonto
POS 2008/001247 2008/000529	26.11.2008 10.12.2008	Rosenheim Monjek und Leiser Albert Stadtverwaltung, Moratorium bei den Personalstellen
POS 2009/000148 2009/000056	04.02.2009 10.06.2009	Scherr Niklaus Dr. Stephan-à-Porta-Stiftung, Umbau von Liegenschaften am Kreuzplatz
POS 2009/000263 2009/000095	11.03.2009 06.05.2009	Geschäftsprüfungskommission Stadtverwaltung, Vorgehen bei Mobbing
POS 2009/000457 2009/000163	06.05.2009 27.05.2009	Jüsi Bernhard und Di Concilio Salvatore Schutz von städtischen Angestellten vor Drohungen und Angriffen

POS 2009/000497 2009/000199	13.05.2009 16.09.2009	Wüthrich Katrin und Strub Jean-Daniel Verhinderung von Arbeitslosigkeit von bei der Stadt ausgebildeten Jugendlichen
POS 2009/000559 2009/000224	27.05.2009 10.06.2009	Virchaux Jean-Claude und Glättli Balthasar Umgehende Bezahlung von Lieferantenrechnungen
POS 2009/000713 2009/000269	17.06.2009 23.09.2009	Z'graggen Marcel und Anderegg Peter Erhöhung des Lehrstellenangebotes in der städtischen Verwaltung
POS 2009/000883 2009/000320	01.07.2009 19.08.2009	Seidler Christine und Elmer Lück Annamarie Einbindung des Parkhauses Universität Irchel in das städtische Parkleitsystem

Polizeidepartement

POS 1994/003836 1991/000216	15.05.1991 09.09.1992	Prelicz-Huber Katharina Stadtpolizei, Verbot des Einsatzes von Gummigeschossen
POS 1997/002071 1997/000465	12.11.1997 09.09.1998	Prelicz-Huber Katharina und 2 Mitunterzeichnende Birmensdorferstrasse/Sädlenweg, Erstellung eines Fussgänger/innenstreifens
POS 2002/000847 2002/000148	15.05.2002 20.11.2002	Rosenheim Monjek 1.-Mai-Fest, Standort ausserhalb des Stadtkreises 4
POS 2002/001345 2002/000257	10.07.2002 01.09.2004	Schönbächler Robert Badenerstrasse 125, Erstellung eines Fussgängerübergangs
POS 2002/001502 2002/000279	21.08.2002 27.11.2002	Danner Ernst und Schmid Georg, Dr. Stadtpolizei, Überführung des Wissenschaftlichen Dienstes in eine neue Trägerschaft
POS 2004/000535 2004/000135	17.03.2004 28.03.2007	Rosenheim Monjek Uetlibergstrasse/Haldenstrasse, Verkehrsverflüssigung
POS 2004/000536 2004/000136	17.03.2004 28.03.2007	Rosenheim Monjek Uetlibergstrasse/Giesshübelstrasse, Verkehrsverflüssigung
POS 2005/000071 2005/000008	12.01.2005 07.01.2009	Weiss Urs «Monday Night Skate», Vermeidung von Verkehrsstaus
POS 2005/000104 2005/000016	19.01.2005 07.01.2009	Rosenheim Monjek und 17 Mitunterzeichnende Stadtpolizei, Bildung eines Velospezialteams
POS 2005/000478 2005/000140	13.04.2005 18.05.2005	Stucker Rolf und Bergmaier Guido, Dr. Liegenschaft Am Wasser 55, Einhaltung des absoluten Fahrverbots
POS 2005/000735 2005/000227	08.06.2005 14.06.2006	Knauss Markus und Leupi Daniel Dieselbetriebene Taxis, Ausrüstung mit Partikelfiltern

POS 2005/001030 2005/000309	24.08.2005 14.01.2009	Reimann Beatrice und Savarioud Marcel Behinderte und Betagte, kostenlose Parkplatzregelung
POS 2005/001351 2005/000451	09.11.2005 26.08.2009	Liebi Roger und Tuena Mauro Ausschreitungen bei Fussballspielen, Koordination der Stadtpolizei mit der Staatsanwaltschaft
POS 2005/001389 2005/000472	16.11.2005 18.11.2009	Hirzel Astrid und Schönbächler Robert Seminarstrasse, Ausdehnung der Begegnungszone Seminar
POS 2005/001482 2005/000512	30.11.2005 18.11.2009	Schönbächler Robert und Stäbler Anton Hard-/Pfungstweidstrasse, Verbesserung der Verkehrssicherheit
POS 2006/001332 2006/000549	29.11.2006 15.12.2006	Probst Matthias unnd Glättli Balthasar Stadtpolizei, Verzicht auf die neuen Elektroschockpistolen
POS 2007/000661 2007/000354	13.06.2007 03.06.2009	Rabelbauer Richard und Jäger Alexander Taxibetriebe, Umstieg auf umwelt- und klimaschonende, abgasarme Fahrzeuge
POS 2008/001210 2008/000515	12.11.2008 07.01.2009	Kunz Hanspeter und Mariani Mario Fussgängerunterführung beim Schulhaus Altweg, Ersatz durch Fussgängerstreifen
POS 2009/000418 2009/000141	29.04.2009 13.05.2009	Wenger Christian und Blöchliger Patrick Standorte für politische Standaktionen
POS 2009/000454 2009/000160	06.05.2009 11.12.2009	Pflüger Severin und Hohl Marc Prüfung der Übertragung von Polizeiaufgaben an Private
POS 2009/000551 2009/000213	27.05.2009 26.08.2009	Schwyn Markus und Gut Susi Bussen für das Werfen von Gegenständen durch Zuschauer im Hallenstadion und im Letzigrund
POS 2009/000553 2009/000215	27.05.2009 26.08.2009	Schwyn Markus und Gut Susi Bussen für das Betreten des Spielfeldes durch Zuschauer im Hallenstadion und im Letzigrund
POS 2009/001076 2009/000359	19.08.2009 21.10.2009	FDP-Fraktion Hardbrücke, Öffnung der Busspur für Taxis während der Sanierung

Gesundheits- und Umweltdepartement

POS 2002/001667 2002/000333	11.09.2002 30.10.2002	Schweizerische Volkspartei Fraktion Flugverkehr, Betriebsvarianten
POS 2002/001668 2002/000334	11.09.2002 30.10.2002	Grüne/AL Fraktion Flugbewegungen, Plafonierung
POS 2002/001884 2002/000405	02.10.2002 30.10.2002	Im Oberdorf Bernhard Flugverkehr, Vermeidung von Südanflügen über Zürich Nord
POS 2004/000091 2004/000025	14.01.2004 25.01.2004	Im Oberdorf Bernhard und Haueter Kurt Südanflüge, Intervention bei der Deutschen Bundesregierung

POS 2004/001903 2004/000666	15.12.2004 14.11.2007	Nagel Ueli UMTS-Mobilfunkantennen, vermehrte Nachkontrollen
POS 2007/001258 2007/000630	28.11.2007 01.07.2009	Nagel Ueli und Abele Martin Wassersparende Durchflussregler, vergünstigte Abgabe
Tiefbau- und Entsorgungsdepartement		
POS 1994/004028 1992/000139	15.04.1992 24.03.1993	Hirzel Charles und 9 Mitunterzeichnende Dübendorf- und Winterthurerstrasse in Schwamendingen, Signalisationsmassnahmen für die Sicherheit von Radfahrern
POS 1997/002032 1997/000449	05.11.1997 06.05.1998	Garzotto Marina und 2 Mitunterzeichnende Kehrichtsäcke, Massnahmen gegen verfrühte Bereitstellung
POS 2004/000043 2004/000006	07.01.2004 21.01.2004	Schönbächler Robert und Stäbler Anton Stadion Hardturm, Aufwertung des Areals bei der VBZ-Wendeschleife
POS 2004/001825 2004/000635	01.12.2004 15.02.2005	Mariani Mario und Schönbächler Robert Verbindung zwischen Bahnhof Hardbrücke und Hardplatz, Verbesserung für den Langsamverkehr
POS 2005/000350 2005/000098	16.03.2005 14.06.2006	Jäger Alexander und Tognella Roger Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), Umstellung der Fahrzeugflotte auf Erdgasbetrieb
POS 2005/000648 2005/000206	25.05.2005 08.06.2005	Spezialkommission Verkehr Öffentlicher Verkehr, Beteiligung des Kantons an Investitionen in der Stadt Zürich
POS 2005/000899 2005/000275	06.07.2005 18.01.2006	Schönbächler Robert und Nielsen Claudia Gleisüberquerung Kanonengasse/ Klingenstrasse, Erstellen einer Passerelle
POS 2006/000056 2006/000004	11.01.2006 22.03.2006	Bachmann Hans Familiengartenareal Aussersihl-Hard, Verzicht auf dessen Aufhebung
POS 2008/000528 2008/000216	11.01.2006 14.05.2008	Nagel Ueli und Leupi Daniel Utoquai, Befreiung vom motorisierten Verkehr und Umgestaltung
POS 2006/000976 2006/000368	06.09.2006 25.02.2009	Recher A. und 2 Mitunterzeichnende Fusswege, Umgestaltung zur Verbesserung der Sicherheit
POS 2006/001365 2006/000569	06.12.2006 15.12.2006	Angst Walter Hardbrücke, Verzicht auf Ausgaben für Kommunikation
POS 2007/000017 2006/000593	15.12.2006 25.02.2009	Schicker Daniela und Filli Peider Biber, Lebensraum auf Stadtgebiet
POS 2007/000125 2007/000031	24.01.2007 31.01.2007	Leupi Daniel und Knauss Markus Bahnhof Hardbrücke, zusätzliche Flächen für Velo-Abstellplätze

POS 2007/000495 2007/000247	09.05.2007 25.02.2009	im Oberdorf Bernhard und Nikles Hans Abfälle in öffentlichen Anlagen, kostenneutrale Vermeidung
POS 2007/000565 2007/000287	23.05.2007 30.09.2009	Rykart Sutter Karin und Knauss Markus Tramtrasse an der Hardturmstrasse, Begrünung
POS 2007/000623 2007/000320	06.06.2007 11.07.2007	Savarioud Marcel und Mauch Corine ETH Zürich und Universität Zürich, Verhinderung von Freisetzungsversuchen gentechnisch veränderter Pflanzen
Das Postulat GR-Nr. 2007/320 wurde im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichts 2009 bereits abgeschrieben (vgl. Beschluss-Nr. 525, 23. und 24. Ratssitzung vom 22. September 2010). Der Abschreibungsantrag entfällt.		
POS 2007/001055 2007/000538	03.10.2007 26.03.2008	Zimmermann Markus und Reimann Beatrice Umsetzung der Baulinienvorlage Neufrankengasse, Verhinderung neuen Durchgangsverkehrs
POS 2008/000177 2008/000091	11.02.2008 27.02.2008	SK PD/TED/DIB Stiftung Naturpark Zürich, Teuerungsanpassung durch andere Beitragszahlende
POS 2008/000735 2008/000322	02.07.2008 27.08.2008	CVP-Fraktion Pausenplätze von Schulhäusern, kindergerechte Gestaltung
POS 2008/000806 2008/000339	09.07.2008 24.09.2008	Manser Joe A. und Katumba Andrew ÖV-Plattform Stettbach, vollständige Überdachung entlang aller Haltestellen
POS 2009/000079 2009/000027	21.01.2009 04.02.2009	Bachmann Hans Bullingerhof, attraktive Gestaltung der Grünanlage
POS 2009/000149 2009/000057	04.02.2009 09.12.2009	Gut Susi und Schwyn Markus Limmatquai, Verzicht auf Installation eines Hafenkranes
POS 2009/000235 2009/000082	04.03.2009 06.05.2009	Kunz Hanspeter Kostenlose Veloparkplätze beim Bahnhof Altstetten
POS 2009/001306 2009/000471	21.10.2009 09.12.2009	Hug Christina und Glättli Balthasar Trichtenhausenstrasse, Beibehaltung des Engpasses für weniger Durchgangsverkehr
POS 2009/001425 2009/000538	18.11.2009 16.12.2009	Knauss Markus und Abele Martin Realisierung der Veloverbindung von der Zweierstrasse bis zum Sihlhölzli

Hochbaudepartement

POS 2002/002188 2002/000485	08.02.2002 13.11.2002	Bachmann Hans Gebiet Güterbahnhof/ SBB-Betriebswerkstätte, Planungsvorlage für eine städtebauliche Aufwertung
POS 2004/000459 2004/000104	03.03.2004 07.06.2006	Nagel Ueli und Furter Willy UMTS-Mobilfunkantennen, Abklärung von Gesundheitsfolgen
POS 2006/000362 2006/000081	15.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Käppeli Hans Jörg Wohnanteil, Gutachten durch ein unabhängiges Büro

POS 2007/000654 2007/000347	13.06.2007 24.10.2007	Nielsen Claudia und Dubs Marianne Energieeffiziente und ressourcenschonende Bauten, Auszeichnung
POS 2008/000345 2008/000160	02.04.2008 17.11.2010	Steger Heinz F. und Meier Daniel Freihändigen- oder Einladungsverfahren, Vergabe an Betriebe mit Lernenden

Departement der Industriellen Betriebe

POS 1994/004213 1990/000168	13.06.1990 18.03.1992	Brändli Sebastian und 7 Mitunterzeichnende Traminsel Kreuzplatz, Verbreiterung
POS 1994/001811 1994/000034	18.01.1994 02.02.1994	Kommission Verbilligung Jahreskarten Verkehrsverbund, gerechtere Verteilung der Beiträge an die Kostenunterdeckung und Vertretung im Verkehrsrat
POS 2005/000687 2005/000213	01.06.2005 15.06.2005	Anhorn Ruth VBZ-Buslinie 78, teilweise Umstellung von Midi- auf Kleinbusse
POS 2005/001162 2005/000375	21.09.2005 18.06.2008	Amacker Bruno und Hauri Theo VBZ-Busse, Retrofit-Verfahren Das Postulat GR-Nr. 2005/375 wurde an der Ratssitzung vom 18.06.2008 abgelehnt, d.h. dem Stadtrat nicht überwiesen. Der Abschreibungsantrag entfällt.
POS 2005/001523 2005/000523	24.11.2005 21.12.2005	Spezialkommission Polizeidepartement/Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/Departement der Industriellen Betriebe ewz, Rahmenvereinbarung über Sonnenkollektoren und erneuerbare Energien
POS 2006/000227 2006/000053	08.02.2006 23.06.2010	Danner Ernst und Kunz Hanspeter ZVV und SBB, Ausdehnung der Gültigkeit von Junior-Karten
POS 2006/000475 2006/000139	03.05.2006 28.06.2006	Butz Marlène und Schönbächler Robert VBZ, Verzicht auf Sparmassnahmen bei Quartierbuslinien
POS 2006/001078 2006/000414	27.09.2006 25.10.2006	Spezialkommission GUD Stadtpital Waid, verbesserte Verkehrserschliessung

Schul- und Sportdepartement

POS 2002/000904 2002/000169	27.06.2001 22.05.2002	Schüepp Jürg R. und Schmid Ronald Schulhaus-Neubauten und -Erweiterungen, Schaffung von Richtlinien für Raumprogramme
POS 2007/001114 2007/000569	24.10.2007 14.11.2007	Simon Claudia und Anhorn Ruth K+S-Schule, Folgen der Zusammenlegung mit der Schule für Mannschaftsport (MSP)
POS 2008/000021 2008/000009	09.01.2008 26.08.2009	Wenger Christian und Blöchliger Patrick Stadion Letzigrund, Bau eines Kunstrasen-Fussballplatzes bei der Hardgutstrasse
POS 2009/000550 2009/000212	27.05.2009 26.08.2009	Gut Susi und Schwyn Markus Kostenüberwälzung bei Hochrisikospiele im Hallenstadion und im Letzigrund

POS 2009/000560 2009/000225	27.05.2009 21.10.2009	Erfigen Monika und Bernet Arthur Massnahmen in der Badeanstalt Tiefenbrunnen
POS 2009/001492 2009/000569	02.12.2009 11.12.2009	Angst Walter Deutsch als Zweitsprache, Bewilligung von Stellen
Sozialdepartement		
POS 2005/001428 2005/000485	23.11.2005 16.12.2005	Recher Anja Soziale Dienste, Anstellung von Fachpersonen für Mietverträge
POS 2006/000582 2006/000205	31.05.2006 22.10.2008	Gut Susi und Schwyn Markus Sozialhilfe, Direktüberweisung von Mieten und Krankenkassenprämien
POS 2007/000684 2007/000363	20.06.2007 22.10.2008	Leiser Albert und Schlatter Hedy Sozialhilfe, Vermeidung der Zweckentfremdung von Beiträgen
POS 2008/000048 ³ 2008/000021 ⁴	16.01.2008 ¹ 04.06.2008 ²	Rabelbauer Richard und Widler Josef SKOS, Anpassung der Richtlinien

1 = Eingangsdatum, 2 = Überweisungsdatum, 3 = STR Nr., 4 = GR Nr.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation der Ziffer 1 am 26. September 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

3098. 2012/268

Beschlussantrag der GPK vom 27.06.2012: Submissionswesen der Stadt Zürich, Bericht der GPK

Die GPK beantragt dem Gemeinderat:

1. Der Bericht der GPK betreffend Submission vom 12. März 2012 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Empfehlungen der GPK im genannten Bericht werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsreferent:

Michael Schmid (FDP): Der Bericht entstand, weil die GPK in verschiedenen Departementen mit Fragen im Zusammenhang mit dem Submissionsrecht konfrontiert wurde. Die GPK setzte daraufhin eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des ehemaligen Ratskollegen Bernhard Jüsi ein. Die Arbeitsgruppe betrachtete insgesamt sieben individuelle Submissionsfälle und aus unserer Sicht sind drei Sachverhalte submissionsrechtlich nicht zu beanstanden: es handelt sich um die Fälle: 2.2 Sportanlage Lengg, 2.3 Sportanlage Heerenschürli und 2.6 die Projektausschreibung im Zusammenhang mit der Renovation der Tonhalle. Im letzteren Fall war die Kommunikation in den Medien im Zusammenhang mit einer erhobenen Beschwerde problematisch. Darin war unter anderem die Rede, dass die Gewährung der aufschiebenden Wirkung durch das Verwaltungsgericht eine normale Usanz sei, was nicht der Gerichtspraxis entspricht. Das Verfahren ergab, dass dort submissionsrechtlich korrekt gehandelt wurde. Ein weiterer Fall in Be-

zug auf das Verkehrsrecht ist die Ziffer 2.5, wo zwischen dem Stadtrat und der GPK eine unterschiedliche Rechtauffassung bezüglich der Zulässigkeit einer freihändigen Vergabe besteht. Für die GPK bleiben diesbezüglich Fragen offen. Auch ein Gutachten legte nahe, dass es richtig gewesen wäre, eine Ausschreibung durchzuführen. Letztlich muss die Frage offen bleiben, denn es wurde keine Beschwerde an das Verwaltungsgericht erhoben. Ferner gibt es einen klaren Fall, bei dem die Finanzkontrolle feststellte, dass bei einer eigenen Projektentwicklung im SSD das Submissionsrecht verletzt wurde. Dort hätte eine Ausschreibung stattfinden müssen. Schliesslich haben wir zwei Fälle, die beide das TED betreffen. Dabei handelt es sich um die Punkte 2.1 Grüngutverwertung und 2.4 die Reinigung der Parkanlagen. In beiden Fällen wurden gravierende Mängel im Submissionsverfahren festgestellt, die vom Verwaltungsgericht gerügt wurden. Zu kritisieren ist aus unserer Sicht nicht nur, dass im Ausschreibungsverfahren Fehler gemacht wurden, sondern auch, dass im Prozess am Verwaltungsgericht auf aussichtslosen Rechtspositionen verhartet wurde. Selbst nach dem rechtskräftigen Entscheid des Verwaltungsgerichts, haben die zuständigen Stellen versucht, die gemachten Fehler gegenüber der GPK herunterzuspielen. Im Rahmen der Anhörungen vermissen wir das Problembewusstsein der Angehörigen des TED. Der Fall der Reinigung der Parkanlagen hatte ein Nachspiel, da die Parteien monatelang hingehalten wurden und das Verfahren daraufhin abgebrochen und neu ausgeschrieben wurde. Grundsätzlich ist dieses Vorgehen zulässig. Störend war jedoch, dass in einem E-Mail vom 19. Januar 2011 an einen der Beschwerdeführer vom TED geltend gemacht wurde, dass es im Zusammenhang mit der Budgetrückweisung zu einer Verzögerung käme. In Wahrheit hatte der Stadtrat eine Woche später zugunsten der ursprünglichen Offerenten entschieden, ohne Bezug auf die Vorgeschichte und die Budgetrückweisung zu nehmen. Die Geschichte, die das Departement nach aussen vertrat, entsprach offensichtlich nicht der Realität. Unser Fazit aus allen sieben untersuchten Fällen ist, dass es keine flächendeckenden systemischen Mängel im Bereich des Submissionswesens bestehen. Im Gegenteil besteht sehr viel submissionsrechtliches Know-How in der Stadtverwaltung. Nichtsdestotrotz ist es in gewissen Dienstabteilungen nötig, dass zusätzlich auf die Problematik sensibilisiert und Kontrollen durchgeführt werden. Von der Stadtverwaltung wurde geltend gemacht, es gäbe nur sehr wenige Anfechtungen und erfolgreiche Rechtsmittel. Diese quantitative Feststellung ist zwar richtig, allerdings ist dies zu relativieren, da die Unternehmen in der Realität Aufträge bekommen und keine Submissionsprozesse führen wollen. Zusammenfassen lassen sich unsere Empfehlungen folgendermassen: es ist eine Sensibilisierung nötig und der Know-how-Transfer muss sichergestellt und kontrolliert werden.

Weitere Wortmeldungen:

Irene Bernhard (GLP): Die Stadt hat auf unseren Bericht eine relativ ausführliche Stellungnahme abgegeben. Gleichwohl bleiben einige Punkte übrig, auf die noch nicht in genügendem Ausmass hingewiesen wurde und auf die die Stadt nicht genügend reagiert hat. Einerseits handelt es sich dabei um den fehlenden Wissenstransfer, den wir von der GPK festgestellt haben. Es gibt zwar in der Stadtverwaltung sehr viel Wissen über Submissionswesen. Einige Personen wissen aber nicht, wie sie dieses Wissen abrufen können. Exemplarisch ist dafür beispielsweise, dass wir regelmässig an die Fachstelle Beschaffungskoordination verwiesen wurden. Es stellte sich aber heraus, dass es überhaupt nicht die Aufgabe dieser Fachstelle ist, Beratungen im Bereich Submissionen durchzuführen. Es gibt in der Stadtverwaltung eine Gruppe, die dafür zuständig ist. Diese Gruppe nennt sich «Arbeitsgruppe Submission». Darum möchte ich der Stadtverwaltung mitteilen, dass es verwaltungsintern eine Gruppe gibt, die sehr viel Know-how hat. Der zweite Punkt ist aus meiner Sicht der wichtigere Punkt. Ich halte die Stellungnahme der Stadt in Bezug auf die freihändigen Vergaben für nonchalant. Diejenigen freihändigen Vergaben, die unter dem Schwellenwert liegen, sind aus meiner

Sicht unproblematisch. Problematisch wird es, wenn eine Salomitaktik angewendet wird, so dass ein Auftrag, der beispielsweise 500'000 Franken wert wäre, in vier Aufträge aufgeteilt wird. Diese Taktik ist nicht zulässig. Die Stadt macht geltend, es wäre unverhältnismässig, alle freihändigen Vergaben in Bezug auf die Salomitaktik zu prüfen. Das AHB hat ein System eingeführt, mit dem eine solche Prüfung problemlos möglich wäre. Bei den ausserordentlichen freihändigen Vergaben besteht ein Missbrauchspotential. Es müsste ein System greifen, weshalb eine freihändige Vergabe nach §10 durchgeführt wurde. Diese Vergaben müssten von einer Stelle überprüft werden. In diesem Bereich sehe ich deutlichen Handlungsbedarf.

Renate Fischer-Schmitt (SP): Submissionsverfahren sind dazu da, Transparenz zu schaffen und sicherzustellen, dass die Stadt Zürich jeweils das Angebot auswählt, das die erforderlichen Kriterien am besten erfüllt. Die Regeln, die bei diesen Ausschreibungen beachtet werden müssen, sind komplex. Es müssen viele Details berücksichtigt werden. Besonders für Abteilungen, die nicht regelmässig in solche Ausschreibungsverfahren involviert sind, ist dies sehr anspruchsvoll. Die Fehler, die im vorliegenden Bericht aufgegriffen und in denen es zu Submissionsbeschwerden kam, wurden von der GPK detailliert angeschaut. Die GPK hat aus diesen Fällen verschiedene Empfehlungen abgeleitet und die meisten dieser Empfehlungen zielen darauf ab, das vorhandene Fachwissen in der Verwaltung besser zu nutzen. Die SP-Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat die Empfehlungen der GPK mehrheitlich unterstützt und sich dafür einsetzt, dass die Zahl der Submissionsbeschwerden weiter gesenkt werden kann. Dementsprechend wird unsere Fraktion dem Beschlussantrag der GPK zustimmen.

Roger Bartholdi (SVP): Ich bedauere, dass nur eine Stadträtin anwesend ist. Ich hoffe aber, dass die Anwesende ihren Kolleginnen und Kollegen weiterleitet, worüber der Gemeinderat heute debattiert hat. In den Departementen muss man die Vernetzung oder das Know-how entsprechend weitergeben, das in den Departementen und Dienstabteilungen, die regelmässig solche Submissionen durchführen, vorhanden ist. Die GPK hat in relativ viele Fälle Einblick bekommen, was einerseits erfreulich ist. Allerdings handelt es sich dabei um die Spitze des Eisbergs. Die Meisten, die denken, ein Submissionsverfahren sei nicht richtig abgelaufen, lassen sich nicht auf einen Gerichtsstreit mit der Stadt ein, da sie hoffen, in einer der nächsten Submissionen den Auftrag zu bekommen. Nichtsdestotrotz muss man feststellen, dass einiges nicht so gut lief. Teilweise war es auch politisch motiviert. Es ist nicht der Sinn einer Submission, einzelne zu bevorzugen oder andere zu benachteiligen. Es geht darum, ein faires Verfahren anzubieten, damit der Richtige zum Zug kommt. In diesem Bereich besteht deutlicher Verbesserungsbedarf. Auch dies ist – mit Blick auf den vorhin behandelten Geschäftsbericht – ein Beispiel dafür, dass in dieser Stadt nicht alles so gut funktioniert. Man muss vor allem in den Departementen und Dienstabteilungen, die selten Submissionen durchführen, schauen, dass das Wissen an sie weitergegeben wird, damit solche Fehler nicht mehr gemacht werden.

Samuel Dubno (GLP): Es geht darum, dass bei diesen Vergaben Wettbewerbsbedingungen hergestellt werden sollen. Der Grund, weswegen so wenige Anbieter Beschwerde einlegen, ist nicht nur auf die Tatsache zurückzuführen, dass ungerne gegen einen möglichen Kunden geklagt wird. Ein weiterer Grund ist die Tatsache, dass die Fristen in diesen Verfahren sehr kurz angesetzt sind. Ferner sind die Kosten, die bei einer Beschwerde entstehen, extrem hoch. Ausserdem kommt die Problematik der aufschiebenden Wirkung dazu. Schlimmstenfalls bekommt man zwar bei einer Beschwerde Recht, wobei der Auftrag schon längstens anderweitig vergeben ist. Die Hürden für eine solche Beschwerde sind somit sehr hoch. Deshalb kann man aufgrund der vom Stadtrat genannten Zahl nicht darauf schliessen, dass alles in diesem Bereich in Ordnung ist. Das Gegenteil scheint angesichts des Berichts der GPK der Fall zu sein. Verstärkt wird

dieser Eindruck durch die Antwort des Stadtrates: «Grundsätzlich ist in allen Dienstabteilungen, die regelmässig Submissionen durchführen genug Know-how vorhanden, es wird aber nicht immer eingesetzt.» Der Stadtrat sollte in diesem Fall dafür sorgen, dass das vorhandene Know-how auch eingesetzt wird. Es liegt noch einiges im Argen. Man kann der GPK dankbar sein, dass sie wenigstens ein paar Dinge aufgedeckt hat.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: *Der Stadtrat hat sich mit dem Bericht der GPK befasst und hat eine entsprechende Stellungnahme verfasst. In Bezug auf den Aspekt der freihändigen Vergaben waren wir mit der GPK einig, dass ein internes Kontrollsystem angemessen ist. Das ist ein wichtiger Punkt, den ich in das Gremium mitnehmen werde. Für mein Departement danke ich der GPK für die gewissenhafte Arbeit und muss sagen, dass in meinem Departement zwei fehlerhafte Submissionen aufgedeckt wurden. Dazu möchte ich Stellung nehmen. Die Submission zur Grünverwertung wurde zweifellos mangelhaft durchgeführt. Wir haben unsere Lehre daraus gezogen. Die Grün-Stadt-Zürich hat untermdessen intern ein Handbuch erarbeitet, in dem die Schritte einer Submission beschrieben werden. Dieses Handbuch ist bindend. Die Schulungen wurden entsprechend verstärkt und es wird vermehrt auf besonders sensible Beurteilungsfragen aufmerksam gemacht. Der Fall des erz, bei dem es um einen Reinigungsauftrag in den öffentlichen Parkanlagen am See ging, soll uns eine Lehre sein. Dieser Fall führte uns klar vor Augen, wie schnell bei einer Vergabe ein Fehler passiert und wie wichtig es in diesem Bereich ist, dass alle Beteiligten immer über den aktuellen Stand des Verfahrens informiert sind. Submissionen sind für die Verwaltung und die privaten Geschäftspartner eine Herausforderung. Sie sind wichtig. Aufgrund der Submissionen funktioniert der Wettbewerb. Sie sind Garant dafür, dass öffentliche Gelder optimal eingesetzt werden. Die aufgeführten Fälle sind unerfreulich. Ich stelle fest, dass es Einzelfälle sind. Mein Departement hat in den letzten vier Jahren rund 1000 Submissionsverfahren durchgeführt. Lediglich diese zwei Verfahren wurden als fehlerhaft bezeichnet. Man kann sagen, dass meine Leute sorgfältig und gewissenhaft arbeiten. Ich bin mir sicher, dass sie den Ehrgeiz haben, die Fehlerquote weiter zu senken.*

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Bericht der GPK betreffend Submission vom 12. März 2012 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Empfehlungen der GPK im genannten Bericht werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat

3099. 2010/61

Postulat von Monika Bloch Süss (CSP) und Bernhard Jüsi (SP), vertreten durch Marianne Aubert (SP), vom 27.01.2010:

Buslinie 66, Verbesserte Verkehrsführung an der Brandschenkestrasse in den Morgen- und Abendspitzenzeiten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marianne Aubert (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5453/2010): Dieses scheinbar kleine Postulat ist schon zweieinhalb Jahre alt. Wenn man sich die Situation genauer anschaut, sieht man, dass an der Brandschenkestrasse nichts anderes möglich ist. Der Stadtrat konnte bis heute noch keine Lösung präsentieren. Diese Stabilitätsprobleme wurden zwar erkannt, es gab aber keine Lösung. Die Lösung liegt einige Strassen weiter. Beispielsweise wäre es eine Lösung, weiter vorne an der Uraniastrasse Gegenverkehr zuzulassen. Dadurch würde am Pelikanplatz eine andere Situation geschaffen, was zu einer besseren Durchlässigkeit und einer Entlastung der Brandschenkestrasse führen würde. So können auch der Bus und die Autos beschleunigt werden.

Dr. Daniel Regli (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. März 2010 gestellten Ablehnungsantrag: Man kann bestimmt vorne bei der Urania und der Sihlstrasse Optimierungen durchführen. Das, was im Postulat und der Begründung steht, ist allerdings etwas ganz anderes. Das Wort Busspur wird speziell zwischen Bederstrasse in Richtung Freigutstrasse erwähnt. Wenn man die Parkplätze dort anschaut, sind es auf der linken Seite dreissig Parkplätze und auf der anderen Seite hat es nochmal sechzehn Parkplätze. Ich verstehe eine Priorisierung des öffentlichen Verkehrs, dort wo es möglich ist. Wenn das fast nur aufgrund der Blaue Zone Parkplätze stattfinden soll, ist das bis zur Freigutstrasse möglich, weiter hinten jedoch nicht realisierbar. Deshalb nimmt die SVP-Fraktion von einer solchen Lösung Abstand.

Weitere Wortmeldung:

Alain Kessler (FDP): Auch wir von der FDP lehnen dieses Postulat ab, jedoch mit derselben Begründung, wie sie schon Marianne Aubert vorgebracht hat. Wenn man die Strasse dort kennt, kann man dort aufgrund der Platzverhältnisse nichts machen. Eine Priorisierung des Busses ist nicht möglich. Wenn diese Unmöglichkeit erkannt wird, sollte man ein anderes Postulat einreichen, das sich mit der Uraniastrasse befasst.

Das Postulat wird mit 70 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3100. 2010/106

Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Ueli Brassler (SD) vom 10.02.2010: Durchführung von Personenkontrollen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Patrick Blöchlinger (SD) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5579/2010): Es ist sicherlich unbestritten, dass es überall auf der Welt unerwünschte Personen gibt. So natürlich auch bei uns in der Schweiz und grossen Städten wie Zürich. Es liegt nicht an der Attraktivität Zürichs, dass solche Personen zu uns kommen. Vielmehr liegt es an der Anonymität einer grossen Stadt. In einer kleinen Gemeinde weiss in der Regel die gesamte Familie, was der Vater nach der Arbeit alles gemacht hat, bevor er nach Hause kommt. In Zürich kann der Nachbar im Wohnblock verunfallt sein und man bemerkt es nicht. Das eine ist nicht schlechter als das andere. Genau diese Unterschiede nutzen auch illegal Eingewanderte und andere Kriminelle aus. Deshalb ist es an der Zeit, sich

den unerwünschten Nebenerscheinungen anzunehmen. Mann muss dazu nur neuralgische Punkte, wie beispielsweise Bahnhöfe, Bushaltestellen oder gewisse Orte in den Kreisen vier und fünf überraschend abriegeln und nach sich illegal aufhaltenden Personen und gesuchten Straftätern durchkämmen. Bei diesen flächendeckenden Durchsuchungen werden sämtliche Personen durchsucht. Wir wissen alle, dass der illegale Aufenthalt kein Kavaliersdelikt darstellt. Ich bin davon überzeugt, dass bereits eine kleine Anzahl solcher Aktionen die Wirkung nicht verfehlt. Durch die neuen elektronischen Netzwerke spricht sich diese Art der Kriminalitätsbekämpfung rasch und mit nachhaltiger Wirkung herum. Die Stadt Zürich kann dadurch einmal mehr zur Pionierin werden und aufgrund der präventiven Wirkung sehr viel Geld einsparen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Das, was Herr Blöchliger (SD) beschreibt, ist nicht das Bild, das ich oder die Polizei von der Stadt Zürich haben. Es gibt natürlich Leute mit illegalem Aufenthalt, aber damit sich eine solche Massenkontrolle lohnt, bräuchte es hunderte illegale Aufenthalter. Dies ist eine unrealistische Vorstellung. Diese Vorstellung, wie das ablaufen sollte, ist unrealistisch und ineffizient. Hunderte, wenn nicht tausende Menschen wären davon betroffen. Der Stadtrat kann das nur ablehnen. Dazu kommt noch, dass die Stadtpolizei nicht untätig ist. Es werden Kontrollen durchgeführt. Das, was die Polizei leistet, reicht aus unserer Sicht aus, um illegale Aufenthalter festzustellen. Sehr viele Sans Papiers unternehmen alles, um nicht aufzufallen. Das im Postulat geforderte Vorgehen ist weder angemessen, noch effizient und ausserdem ist es unnötig.

Weitere Wortmeldungen:

Kurt Hüssy (SVP): Die Idee, dass vermehrt nach illegalen Aufenthaltern gesucht werden soll, hört sich grundsätzlich nicht nur schlecht an. Für mich steht aber nicht das Durchsuchen ganzer Gebiete im Vordergrund. Ich denke, dass die Polizei ihre Arbeit gut macht. Vielleicht brauchen sie etwas mehr Arbeitsstunden und Personal, um diesem Auftrag nachzukommen. Es ist traurig, dass die Arbeit der Beamten, die Illegale aufspüren, oft unnütz ist, weil die illegalen Aufenthalter trotzdem irgendwann wieder irgendwo auftauchen. Zusätzlich werden sie von verschiedenen Hilfsorganisationen zum Bleiben animiert, indem ihnen die Infrastruktur und alles Lebensnotwendige zur Verfügung gestellt wird. Solche Hilfsorganisationen betrügen den Staat. Meiner Meinung nach braucht es viel Fingerspitzengefühl, das unsere Polizei bestimmt auch besitzt. Das Problem entsteht erst, wenn die Aufgabe der Polizei bereits erfüllt ist. Dann muss gehandelt werden. Es hat dieselbe Wirkung, wenn unter den illegalen Aufenthaltern klar wird, dass etwas in Bewegung gerät, wenn sie erwischt werden. Jetzt lachen diese Leute natürlich, weil sie wissen, dass sie jahrelang bleiben können. Es ist eine win-win-Situation. Können die Illegalen da sein und arbeiten, lebt zu Hause die ganze Verwandtschaft in Saus und Braus. Wenn sie ins Gefängnis kommen, haben sie wenigstens einen sehr angenehmen Ferienaufenthalt. Es ist eine frustrierende Tätigkeit für die Polizeibeamten. In der Schweiz gibt es Gesetze, die eingehalten und durchgesetzt werden müssen.

Severin Pflüger (FDP): Es kommt immer auf die Setzung der Prioritäten an. Wenn die Priorität heisst, es dürfe kein einziger Kleinkrimineller und Illegaler in der Schweiz sein und die Mittel zur Umsetzung unbeschränkt sind, ist der Vorschlag gut. Dies ist jedoch nicht meine Priorität. Meine Priorität ist, mich frei bewegen zu dürfen und mich in dieser Stadt sicher zu fühlen. Meine Möglichkeit, mich frei bewegen zu können, wäre durch diesen Vorschlag massiv eingeschränkt. Es ist für mich unbegreiflich, wie man so etwas wollen kann. Dies würde häufig geschehen und besonders am Hauptbahnhof, wo jeden Morgen eine Million Reisende durchgeschleust wird, wäre das hochgradig problematisch. Mein Büropartner hat einen illegalen Aufenthalter vertreten. Es handelte sich um

einen Algerier, der drei Mal aufgegriffen wurde, bis er sich entschied zu einem Cousin nach Mailand zu fahren. Auf der Fahrt dorthin wurde er im Tessin erneut aufgegriffen und in Zürich in Untersuchungshaft gestellt. Dieses Problem würde nicht durch Massenkontrollen gelöst. Wir müssen nur schauen, dass das Recht umgesetzt wird.

Marianne Aubert (SP): *Man stelle sich vor, was das an den gut frequentierten Orten bedeuten würde, wenn sie überraschend abgeriegelt würden. In einer solchen Stadt will ich nicht leben. Wenn die Bewegungsfreiheit tatsächlich so eingeschränkt würde, wie es das Postulat verlangt, würde die Postulatflut sofort von allen Seiten einsetzen.*

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Einen solchen Vorschlag habe ich 1967 selber erlebt. Ich war mit meiner Grossmutter im Überlandbus. Das Militär hielt uns an und kontrollierte alle. Ich werde mich ein Leben lang daran erinnern, wie meine Grossmutter die Soldaten ausschimpfte, wie es ihnen einfallen könne, so etwas durchzuführen. Mein Onkel sass damals im Gefängnis. Ihre Gesinnungsgenossen in Athen sind Ihnen diesbezüglich voraus. Sie machen das schon privat. Sie kreisen Ausländer ein, unabhängig von ihrem Status, verprügeln sie und lassen sie halbtot liegen.*

Das Postulat wird mit 2 gegen 106 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3101. 2010/107

Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) vom 10.02.2010: Schaffung von Anreizen für die Bevölkerung bei der Mithilfe in der Bekämpfung der illegalen Einwanderung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Patrick Blöchlinger (SD) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5580/2010): In unserer Stadt lebt auch eine beachtliche Zahl illegaler Aufenthalter. Dies sind alles Personen, die nicht hier hingehören. Dies ist seit Jahren der Fall und die Behörden sind offensichtlich nicht mehr in der Lage, das Problem in den Griff zu bekommen. Deshalb ist es wichtig, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger bereit erklären, sich auf die Suche nach Illegalen zu begeben. Eine Möglichkeit ist, dass, sobald der Verdacht besteht, dass sich jemand illegal in Zürich aufhält, eine Meldung an die Polizei erfolgt. Bei der Polizei wird dadurch nicht nur registriert, wo und wie viele Illegale sich aufhalten, sondern auch, wer die Meldung machte. Damit dies geschieht, sollten geeignete Anreize geschaffen werden. Denkbar wäre beispielsweise eine jährliche Auszeichnung zum besten Einsatz gegen die Illegalenflut. Ausgezeichnet wird, wer pro Jahr am häufigsten Illegale gemeldet hat, respektive, wer die höchste Zahl Illegaler gemeldet hat. Natürlich lässt sich der Preis auch in verschiedene Unterkategorien unterteilen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat unterstützt generell nicht das Denunziantentum als Mittel zur Erreichung politischer Ziele.*

Weitere Wortmeldungen:

Kurt Hüssy (SVP): *Auch bei diesem Postulat gilt dasselbe wie beim vorhergehenden.*

Die vorhandenen Gesetze müssen eingehalten und durchgesetzt werden. Wie schon gesagt, fehlt es nicht am Willen der Polizeibeamten. Das Problem sind eher die Hilfsorganisationen, die vieles falsch machen und falsche Signale setzen. Natürlich kommt ein sehr langsam arbeitender Verwaltungsapparat dazu. Wenn erst nach Jahren ein definitives Urteil verkündet wird, sind diese Menschen auch in ihrem Herkunftsland ohne feste Wurzeln. Da liegt das Problem. Dass viele in die Schweiz kommen wollen, ist verständlich. Das bedeutet auch nicht, dass diese Menschen schlecht sind. Wenn ein Aufenthalt illegal ist, müssen auch die Konsequenzen einer schnellen Ausweisung getragen werden. Lasst diese Aufgabe bei denen, die das können.

Markus Hungerbühler (CVP): *Der Vorschlag der SD ist eine moderne Form des Denunziantentums. Dies erinnert an das Deutschland der 30er Jahre. Dafür haben wir einen modernen, demokratischen Rechtsstaat. Die Polizei kann diese Aufgabe gut bewältigen.*

Simon Kälin (Grüne): *Dieses Postulat macht mich betroffen und sprachlos. Er verlangt eine Gleichschaltung von Behörden und Bevölkerung. Dies würde eine Installation eines Bspitzelungssystem bedeuten, wie man es von totalitären Diktaturen kennt. Ich frage mich, ob Lektionen aus der Geschichte gelernt wurden und wie gross die Distanz zu totalitären Staatsformen ist. Es ist ein unwürdiger Vorstoss.*

Alan David Sangines (SP): *Ich bin erstaunt, dass es in diesem Rat eine Debatte zu diesen Vorstössen gab. Solche Vorstösse sind unwürdig und jede Diskussion in diesem Rat ist zu viel der Ehre. Ich wäre froh, wenn wir uns künftig bei solchen Vorstössen Diskussion sparen könnten.*

Das Postulat wird mit 2 gegen 109 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3102. 2010/121

Motion von Ruth Anhorn (SVP) und Mauro Tuena (SVP) vom 03.03.2010: Stadtpolizei, Erhöhung der Anzahl Polizisten mit Fähigkeitszeugnis

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ruth Anhorn (SVP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 5618/2010): *Immer wieder waren Auseinandersetzungen wie beispielsweise Randalen am Bellevue, Spontandemonstrationen oder Ausschreitungen in Fussballstadien in diesem Rat Thema. Diese Sondereinsätze müssen die Polizistinnen und Polizisten kompensieren und fehlen an anderen Tagen oder müssen Überstunden machen. Mittlerweile hat man das Postulat 2011/350 zur Kompensation oder Auszahlung der Überzeit überwiesen. Nicht nur wegen gewalttätigen Auseinandersetzungen, sondern auch wegen der grossen Zahl von Partybesuchern am Wochenende und dem dadurch gegebenen Konfliktpotential benötigt die Stadtpolizei Zürich mehr Personal. Es passiert manchmal auch, dass Polizisten, bei der Verhaftung einer aufgebrachten Menschenmasse angegangen werden. Bierflaschen werden geworfen, die Polizisten werden bedroht, bespuckt oder geschlagen. Auch bei Personenkontrollen werden manche Personen ausfällig. Diese Aggressionen gehen an den Beamten nicht spurlos vorbei. Rund ein Drittel fürchtet sich gemäss einer Online-Umfrage vom Oktober 2010 inzwischen bei der täglichen Arbeit vor einem tägli-*

chen Angriff oder einer möglichen Verletzung. Dies alles zeigt, dass bei allen Einsätzen mehr Polizisten zum Einsatz kommen müssen, weil sonst die Randalierenden die Überhand gewinnen. Auch ist es wichtig, dass die Polizei, wenn viele Quartierwachen geschlossen sind, sich zeigt und Präsenz markiert. Auch wenn wir in der Budgetdebatte einige Polizeistellen bewilligt haben, ist der Polizeibestand noch lange nicht so, wie er sein sollte. Im April 2011 forderte Philipp Hotzenköcherle 80 zusätzliche Polizisten für sein Corps. Mit dieser Motion fordern wir lediglich 50 Polizisten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es gab bereits einige Debatten dazu, wie viele zusätzliche Stellen die Stadtpolizei braucht. Der Stadtrat nimmt diesen Vorstoss als Postulat entgegen, weil wir daran arbeiten, die Frage der Stellenzahl bei der Polizei zu prüfen. Wir sind schon ziemlich weit vorangeschritten bei einer generellen Auslegeordnung der Frage der Einschätzung der Sicherheit in der Stadt Zürich und der Frage der Zielsetzungen und des bestehenden Personalbedarfs. In diesem Sinn kann es auch die Frage nach der Anzahl zusätzlicher Stellen bei der Polizei mit sich bringen. In diesem Jahr konnten wir 15 neue Stellen schaffen. Das bestehende Überzeitproblem kann man nicht nur mit Geld kompensieren. Diese Überzeit muss abgebaut werden. Wir konnten diese Zahl bereits stark reduzieren, aber das Problem besteht weiterhin. Die angesprochene Aggressionsproblematik besteht tatsächlich. Diese Probleme können nicht unbedingt mit mehr Polizisten beseitigt werden. Diese Problematik liegt unter anderem im Alkohol und der Lockerung des Gastgewerbegesetzes begründet. 50 zusätzliche Leute werden das Problem nicht lösen können. Nichtsdestotrotz streben wir eine Situation an, die es den Polizistinnen und Polizisten ermöglicht, eine normale Arbeitsbelastung zu haben und keine Überzeiten entstehen zu lassen, die nicht mehr abgebaut werden können. In diesem Sinne nimmt es der Stadtrat als Postulat entgegen. Ich werde den Bericht liefern. Ich nehme es als Motion nicht entgegen, weil ich mich auf eine bestimmte Zahl nicht festlegen will. Ausserdem können wir aus praktischen Gründen nicht von einem Tag auf den anderen 50 zusätzliche Stellen schaffen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Davy Graf (SP): Es gab sehr viele Postulate und Motionen in den letzten Jahren zu diesem Thema. Auch wenn Konsens darüber besteht, dass mehr Polizisten gebraucht werden, können die einzelnen Parteien damit unterschiedliche Ziele verfolgen. In der Begründung dieser Motion sind Demonstrationen erwähnt. Wir werden diese Motion als Postulat der SVP unterstützen, teilen aber nicht die Begründung, die dieser Motion angehängt ist. Grund sind auch die Arbeitsbedingungen. Es ist wichtig, dass das Corps auch zur Ruhe kommen und Selbstreflexion üben kann, damit das Gesetz so angewendet wird, wie es gegeben ist und man nicht übermüdet in den Einsatz geht. Es geht darum, dass die Stadtpolizisten mehr Zeit brauchen, Probleme zu gewichten, manchmal auch Abstand nehmen müssen und im alltäglichen Stress nicht untergehen dürfen. Ein Polizist oder eine Polizistin, der oder die ständig unter Druck steht, wird sich schnell in einer Grauzone der Legitimität bewegen. Dies wollen wir als SP auch nicht. Man darf nicht vergessen, dass Polizistinnen und Polizisten keine Verwaltungsmitarbeiter sind. Sie besitzen ein Gewaltmonopol, sie besitzen Schusswaffen und Knüppel und können auch jemanden verhaften. Auch dort wollen wir Leute haben, die ausgeschlafen sind und nicht nur wegen dem Dienstplan unter dauerhaftem Stress stehen. Entsprechend wollen wir die Motion als Postulat unterstützen, wollen aber die Zahl 50 streichen. Der Stadtrat soll freie Hand haben, zu entscheiden, wie viel Bedarf besteht. Deshalb soll die Passage «um 50 Personen» zu «den Anforderungen entsprechend» geändert werden.

Marcel Schönbächler (CVP): Die CVP teilt das Anliegen der SVP, den Polizeibestand

aufzustocken. Wir unterstützen die Motion auch nur als Postulat und möchten Dr. Davy Graf (SP) danken, dass er die Textänderung angebracht hat. Ich hoffe, dass der Stadtrat sich bemüht, genügend Polizisten neu einzustellen. Gemäss der letzten Budgetdebatte hat dies geklappt, ich hoffe, dass dies auch künftig der Fall sein wird. Die FDP-Motion, die am 16. Dezember 2011 mit 90 ja-Stimmen überwiesen wurde zeigt, dass man den Polizeibestand aufstocken will.

Mauro Tuena (SVP): Bis auf die Grünen und die GLP sind wir uns offenbar einig, dass die Polizistinnen und Polizisten überlastet sind. Dies ist auch der Grund, weshalb wir anlässlich der letzten Budget-Debatte dieses Postulat eingereicht haben und den Budgetposten bezüglich der Überzeit entsprechend erhöht haben. Wir haben es offen gelassen, ob ein einzelner Polizist oder eine Polizistin sich die Überzeit lieber auszahlen lassen oder sie als Freizeit einlösen will. Nichtsdestotrotz handelt es sich dabei um eine Notmassnahme. Das Problem kann dadurch nicht gelöst werden. Es besteht keine Einigkeit darüber, wie viele zusätzliche Polizisten es braucht, um die gesteigerten Anforderungen gerecht zu werden. Es wurde ein Vorstoss für einen Sicherheitsbericht überwiesen, in dem diese Frage zentral ist. Es ist uns klar, dass man nicht schlagartig 50 zusätzliche Polizisten bekommen kann. Ausserdem ist es für einige Polizisten nicht reizvoll in dieser Stadt zu arbeiten, weil die Umstände schwierig sind. Wir hätten uns gewünscht, dass man diesen Vorstoss dem Stadtrat überweisen kann. Dies hätte dazu gedient, den Polizisten den Willen des Parlaments, sie in bindender Art und Weise zu unterstützen, zu zeigen. Ich stelle aber fest, dass er als Motion keine Mehrheit findet. Wir sind bereit diesen Vorstoss als Postulat zu überweisen. Ich stelle fest, dass er in dieser Form trotzdem keine Mehrheit findet. Deshalb unterstützen wir die Textänderung von Davy Graf (SP), so dass es dann heisst: «den Anforderungen entsprechend zu erhöhen.» So bleibt weiterhin im Postulat erwähnt, dass es mehr Polizisten braucht.

Michael Baumer (FDP): Wenn man jemandem einen Auftrag gibt, muss man auch die entsprechenden Ressourcen bereitstellen. Die FDP hat in Vergangenheit auch Vorstösse eingereicht und unterstützt. Deshalb unterstützen wir auch diesen Vorschlag. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass es auch eine Aufgabe der Polizei ist, das Verhältnis von Front- und Verwaltungsstellen in ein vernünftiges Verhältnis zu setzen. Dies ist im Zusammenhang mit der Umsetzung dieses Postulats zu bedenken. Als positiven Aspekt möchte ich aber festhalten, dass die meisten anerkennen, dass die Polizei einen schwierigen Auftrag hat und man ihr die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen muss. Ich verstehe allerdings nicht, weshalb die Textänderung der SP gemacht wurde, da das Postulat in seiner ursprünglichen Form auch gezeigt hätte, wie viele neue Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden müssen.

Markus Knauss (Grüne): Es ist erstaunlich, dass die SVP nicht auf den Anlass, zu dem diese Motion gestellt wurde, eingeht. Wenn sich an einem Abend 500 Leute nicht so verhalten, wie sie sollten, stellt die SVP am nächsten Mittwoch schon einen Antrag 50 zusätzliche Stellen bei der Polizei zu schaffen. Es wird mit keinem Wort erwähnt, dass es auch andere Massnahmen gibt, die in der Zwischenzeit auch umgesetzt wurden. Beispielsweise wurde die Alarmierung verbessert. STR Leupi hat von uns den Auftrag bekommen, die Situation zu analysieren. Die 15 zusätzlichen Stellen bekommt er mit Sicherheit. Allerdings ist es auch der Auftrag eines Vorstehers des Polizeidepartement und eines Kommandos sich genau zu überlegen, wie viele Stellen es zusätzlich braucht. Diese Überlegungen sollten in einer gelasseneren Atmosphäre stattfinden und nicht nach einem solchen Abend. Eine Überweisung eines zusätzlichen Vorstosses scheint uns kontraproduktiv. STR Daniel Leupi ist in der Pflicht, mit einem konkreten Vorschlag auf uns zuzukommen. Wenn er uns diesen überzeugend darlegen kann, bekommt er auch seine zusätzlichen Stellen.

STR Daniel Leupi: *Ich bin froh, um die generelle Wertschätzung für die Arbeit der Polizei. Ausserdem möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Rednerinnen und Redner einen sehr engen Fokus auf die Tätigkeit der Polizei besitzen. Es gibt zum Beispiel eine Verkehrspolizei und es gibt Leute, die sich um häusliche Gewalt kümmern. Das Corps darf nicht auf einzelne, akute Aktionen ausgerichtet werden. Man muss das Corps als Ganzes betrachten und nicht nur in einem Bereich 50 zusätzliche Personen fordern. In Bezug auf die Entwicklung der Überzeit bin ich auch gespannt. Ich habe auch vorhin schon gesagt, dass ich denke, dass wir diesbezüglich auf einem guten Weg sind. Die Fluktuationsrate bei der Stadtpolizei war letztes Jahr die zweittiefste der letzten 15 Jahre. In diesem Sinn darf man nicht überdramatisieren. Wir werden versuchen auf alle offenen Fragen Antworten zu geben.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert, bei der Stadtpolizei die Anzahl der Polizisten mit Fähigkeitszeugnis (Anforderungsprofil BBT) ~~um 50 Personen~~ den Anforderungen entsprechend zu erhöhen.

Mauro Tuena (SVP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Markus Knauss (Grüne) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Mauro Tuena (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Mauro Tuena (SVP) mit 92 gegen 4 Stimmen zu.

Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 41 GeschO GR

Aus technischen Gründen wurde die Abstimmung unter Namensaufruf nicht aufgezeichnet.

Das Postulat GR Nr. 2012/351 (statt Motion GR Nr. 2010/121, Umwandlung) wird mit 86 gegen 30 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3103. 2010/216

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 19.05.2010:
1. Mai-Fest 2010, Kostenübernahme durch 1. Mai-Komitee für Polizeieinsatz**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den beiden Postulaten 2010/216 und 2010/217 (Protokoll-Nrn. 3103 und 3104).

Mauro Tuena (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 47/2010): *In der Stadt Zürich besteht die Situation, dass Sportclubs den Polizeieinsatz bezahlen müssen. Es kam zu sehr langen Verhandlungen zwischen den grossen Sportclubs wie FCZ und GC und der Polizei, bis man sich auf einen Betrag einigen konnte. Es handelt sich um hohe Beträge, die die Clubs zahlen, wenn der Polizeieinsatz über ein gewisses Mass hinausgeht. Wenn man sich die Veranstaltung zum 1. Mai anschaut, dann handelt es sich dabei um die Veranstaltung, die die höchsten Kosten für die Polizei nach sich zieht.*

Im Postulat ist die Summe von 720'000 Franken erwähnt. Wir haben kein Verständnis dafür, dass bei diesem Anlass die Polizeieinsätze nicht durch die Veranstalter getragen werden. Natürlich kann man seitens der Gewerkschaften argumentieren, es handle sich um ein friedliches Fest, das mit den Nachdemonstrationen nichts zu tun hat. Bei den Fussballspielen kann man dasselbe behaupten. Wenn es die Fussballspiele nicht gäbe, gäbe es auch die Krawalle nicht. Dasselbe Argument kann man auch für den 1. Mai anbringen. Der Polizeieinsatz wird nicht günstiger, nur weil keine Sachschäden entstehen. Wenn sich die Schäden in den letzten Jahren in Grenzen gehalten haben, dann ist dies auf den massiven Polizeieinsatz zurückzuführen, der entsprechend teuer wird. Ich möchte Sie bitten, im Hinterkopf zu behalten, wie den Präsidenten der Zürcher Fussballclubs dargelegt werden soll, dass sie diese Kosten mittragen sollen, das Komitee des 1. Mai-Anlasses aber nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich habe Verständnis für die Parallelen, die Mauro Tuena (SVP) gezogen hat. Ich habe aber kein Verständnis dafür, dass Mauro Tuena (SVP) sich nicht besser erkundigt. Die Rechtsgrundlage, die für Sportclubs gilt, ist eine andere als für das 1. Mai-Fest. Dazu kommt, dass die Sportclubs nicht die gesamten Kosten tragen. Im Jahr 2010 hielt sich das Komitee vom 1. Mai-Fest nicht an die Auflagen und wurde verzeigt und erhielt eine Busse. Dem Komitee aber das Fehlverhalten Einzelner anzuhängen ist nicht korrekt. Ansonsten könnte ein Veranstalter für jeden Einzelnen, der eine Veranstaltung stört, zur Rechenschaft gezogen werden. Dies ist in unserem Rechtssystem nicht vorgesehen. In den Folgejahren verlief die Zusammenarbeit mit dem Komitee reibungslos. Das Postulat ist aus Sicht des Stadtrates nicht erfüllbar.*

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): *Wir möchten niemandem unterstellen, auch nicht den Organisatoren des 1. Mai-Festes, dass man die Gewalt sucht. Wenn man sagt, dass man verhindern möchte, dass es Randal gibt, muss man mit der Polizei zusammenarbeiten und sich auch überlegen, wie man mit den Auflagen der Stadt umgehen will. Wenn die Auflagen der Stadt mit Füßen getreten werden, zeigt das, dass man sich nicht ernsthaft darum bemüht, die Ausschreitungen einzudämmen. Genau das passierte in diesem Fall und muss Konsequenzen haben. Wir sind der Ansicht, dass man die Angelegenheit mit einer gewissen Ernsthaftigkeit hätte prüfen müssen. Die Frage, ob man sich finanziell beteiligen muss, wenn man sich nicht an die Auflagen hält, hätte in diesem Zusammenhang gestellt werden müssen. Die Folgejahre zeigen, dass es auch anders geht. Man hätte sich auch 2010 an die Bewilligungen halten und mit der Stadt zusammenarbeiten können. Damals wollte man das offenbar nicht. Offensichtlich wurde diese Zusammenarbeit erst möglich, als die Stadtpolizei mit massivem Einsatz eingriff. Dies zeigt, dass das 1. Mai-Fest bei gutem Willen problemlos ablaufen kann. Deshalb beantragen wir, dass auch nach zwei Jahren die Kostenüberwälzung versucht wird. Es ist uns klar, dass das juristisch nicht einfach ist, aber man muss es immerhin versuchen. So schnell ist die Sache noch nicht verjährt.*

STR Daniel Leupi: *Ich möchte Michael Baumer (FDP) auf eine gewisse Absurdität hinweisen. Einerseits sagst du, man müsse zusammenarbeiten, was in den Folgejahren auch funktionierte. In den Folgejahren konnten wir genau die Betriebszeiten im Fest erlauben, die 2010 nicht erlaubt wurden und es kam zu keinen Schäden. Wo ist da der Zusammenhang zwischen dem Nichteinhalten und der längeren Betriebsdauer? Es zeigt offensichtlich, dass es keinen Zusammenhang gibt zwischen einem Fest und Einzelnen – oder in diesem Fall Hunderten – die Krawall machen wollen. Diese Argumentationen waren teilweise absurd.*

Peter Küng (SP): *Ich habe kein Verständnis für die beiden Postulate. Mauro Tuena (SVP) sagte, es gäbe keinen Grund das 1. Mai-Komitee und die Veranstalter von Sportanlässen anders zu behandeln. Stadtrat Daniel Leupi hat dazu bereits einiges ausgeführt. Erstens findet das 1. Mai-Fest auch ohne Komitee statt. Wenn es einen 1. Mai gibt ohne Komitee, dann ist das kein Fest, das mir oder Ihnen besser gefallen wird. Das Komitee sorgt dafür, dass es in einem gewissen Rahmen stattfindet. Mich wundert, dass die FDP eine politische Veranstaltung verhindern will, indem die Kosten überwältzt werden.*

Marcel Schönbächler (CVP): *Beim Lesen des Postulatstextes geht es um die Rechnung von Polizeieinsatzkosten, die bei einem solchen Anlass entstehen. Einer solchen Verrechnung wird die CVP nicht zustimmen. Die Polizei ist für eine gewisse Sicherung da und wird dafür auch von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bezahlt. Der Vorstoss scheint gegen das 1. Mai-Komitee gerichtet zu sein. Wenn die SVP schreibt, es solle beim Polizeieinsatz das, was über das Normale hinausgehe, verrechnet werden, könnte man prüfen, ob diesbezüglich eine Rechtsgrundlage geschaffen werden könnte. Dabei sollte man im Hinterkopf behalten, dass hinter dem 1. Mai-Fest kein wirtschaftlich tätiger Verein steht und die Kosten entsprechend reduziert verrechnet werden sollten. Die CVP stellt deshalb einen Textänderungsantrag, der folgendermassen lautet: «der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie dem 1. Mai-Komitee die über das normale Mass hinausgehenden Polizeieinsatzkosten der Stadtpolizei für die Einsätze im Zusammenhang mit den 1. Mai-Aktivitäten in Rechnung gestellt werden können.» Ich möchte betonen, dass ich weiss, dass es schwierig ist. Aber ich denke, es ist legitim, zu überprüfen, ob es eine Rechtsgrundlage geben könnte. Die Beweisführung, ob diejenigen auch die Randalen zu verantworten haben, die für das Fest verantwortlich sind, ist schwierig. Das ist mir bewusst. Im Hinblick auf andere Veranstaltungen ist es legitim, dies zu überprüfen.*

Samuel Dubno (GLP): *Die beiden Vorstösse lehnt die GLP-Fraktion ab. Mich wundert der Vorstoss der FDP, da es gesellschaftsliberale Grundsätze, nämlich die Herrschaft des Gesetzes, gibt. Zwei fundamentale Prinzipien sind, dass erstens solche Regelungen nicht rückwirkend erlassen werden und zweitens solche Regelungen allgemein und abstrakt und nicht gezielt auf jemanden erlassen werden. Mit einem solchen Vorstoss verstösst die FDP gegen zwei liberale Prinzipien.*

Christoph Spiess (SD): *Es ist unbestritten, dass es ein Ärgernis ist, dass es am 1. Mai immer wieder zu Ausschreitungen kommt. Solche Vorstösse gab es schon vor 20 oder 30 Jahren. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn Kosten auferlegt werden, die direkt darauf zurückzuführen sind, dass ein Bewilligungsinhaber seine Auflagen nicht erfüllt. Wenn man sich überlegt, wie dies beim SVP-Vorstoss der Fall ist, dass Polizeieinsatzkosten, die bei einer politischen Demonstration entstehen, dem Veranstalter auferlegt werden, dann geht das zu weit. Dies würde dazu führen, dass niemand mehr das Risiko auf sich nehmen kann, eine grössere politische Veranstaltung im öffentlichen Raum durchzuführen. Als Veranstalter hat man keine Möglichkeit zu kontrollieren, wer an eine solche Veranstaltung kommt. Man kann man die Randalierer nicht fernhalten. Diese Störungen können von irgendeiner Seite kommen. Sauber zuordnen kann man die Verantwortlichen für diese Störungen nicht. Dies würde eine Aufhebung des Demonstrationsrechts bedeuten, da dieses Risiko niemand eingehen kann. Solche Veranstaltungen können nicht mit Sportanlässen verglichen werden. Bei kommerziellen Anlässen oder Anlässen, die dem Freizeitvergnügen dienen, und immer auch einen kommerziellen Anstrich haben, ist dies eher zu verantworten. Bei solchen Anlässen will jemand ein Geschäft machen, das risikobehaftet ist. Dieses Risiko soll er auch tragen können. Der Vorstoss der SVP ist für uns auch mit der geänderten Fassung unverdau-*

lich, weil weiterhin die Frage besteht, wie entschieden wird, was bei einem grösseren Einsatz normal ist und was nicht. Wir von den SD unterstützen den Vorstoss der FDP, derjenige der SVP ist ein Rundumschlag gegenüber der politischen Meinungsäusserungsfreiheit.

Walter Angst (AL): Die AL bittet, im Hinblick auf weitere Vorstösse der SVP und FDP zu unterscheiden zwischen dem 1. Mai-Komitee und dem 1. Mai-Fest und dem 1. Mai Komitee und dem 1. Mai Fest. Künftig sollten die Bindestriche in den Vorstössen korrekt angebracht werden.

Mauro Tuena (SVP): Wenn STR Daniel Leupi unseren Postulatstext genau gelesen hätte, wüsste er, dass dort steht: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie dem 1. Mai-Komitee die Polizeieinsatzkosten der Stadtpolizei des Einsatzes im Zusammenhang.» Wir wissen, dass die Rechtsgrundlage so nicht gegeben ist. Ich möchte daran erinnern, dass die Stadt Zürich eine Vorreiterrolle übernahm, als es darum ging, den Sportclubs die Polizeikosten zu verrechnen. Nachdem der 1. Mai-Einsatz vor allem die Stadt Zürich betrifft und insgesamt 1.4 Millionen Franken nach sich zieht, halte ich auch dort eine Prüfung für angebracht. Ich habe mir sehr gut überlegt, wie ich den Postulatstext formuliert habe. Es geht darum, zu schauen, wie diese Verrechnung umgesetzt werden könnte. Ich erhoffe mir vom Polizeidepartement und vom Zürcher Stadtrat, dass, wenn das Postulat durchkommt, diese Prüfung auch entsprechend stattfindet. In der Begründung zum Postulat behaupte ich nicht, dass den Fussballclubs sämtliche Polizeikosten auferlegt werden. Ich habe es genauso geschrieben, wie es STR Daniel Leupi gesagt hatte. Ich nehme den Änderungsvorschlag von Marcel Schönbächler (CVP) entgegen. Es hat nichts mit Liberalität zu tun, wenn man dem Steuerzahler jährlich 1.4 Millionen Franken für einen einzigen Polizeieinsatz auferlegt.

Michael Baumer (FDP): In unserem Postulat geht es darum, dass man den Organisatoren des Fests diejenigen Kosten auferlegt, die wegen des Nichteinhaltens der Festbewilligung entstanden sind. Es geht nicht darum, dass Demonstrationskosten oder gar die gesamten Polizeikosten überwältzt werden sollen, sondern lediglich diejenigen Kosten, die durch das Nichteinhalten der Bewilligung entstehen. Dabei handelt es sich um das Verursacherprinzip, das ebenfalls liberalen Grundsätzen entspricht. Ich habe den Eindruck, dass es am Willen fehlt, den Rechtsstaat umzusetzen. Diesen Willen wollten wir Ihnen mit dem Postulat auf den Weg geben.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie dem 1. Mai-Komitee die über das normale Mass hinausgehenden Polizeieinsatzkosten der Stadtpolizei des Einsatzes in für die Einsätze im Zusammenhang mit den 1. Mai-Aktivitäten 2010 in der Grössenordnung von 720'000 Franken in Rechnung gestellt werden können.

Das geänderte Postulat wird mit 43 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3104. 2010/217

Postulat der FDP-Fraktion vom 19.05.2010:

1. Mai-Fest 2010, Kostenübernahme durch Organisatoren aufgrund Nichteinhalten der Festbewilligungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Postulat GR-Nr. 2010/216, Beschluss-Nr. 3103/2012.

Namens der FDP-Fraktion begründet Michael Baumer (FDP) das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 48/2010).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 49 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3105. 2010/424

Postulat von Claudia Simon (FDP) und Alexander Jäger (FDP) vom 06.10.2010: Aufhebung des Abend- und Nachtparkplatzabbaus an der Höneggerstrasse, Albisriederstrasse, am Letziggraben, an der Ackersteinstrasse und Breitensteinstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Claudia Simon (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 622/2010) und zieht es zurück: Das Postulat wurde damals eingereicht, weil in den Quartiere Wipkingen, Hönegg und Albisrieden im Herbst 2010 insgesamt 27 Parkplätze abgebaut werden sollten. Die Ausschreibung im Tagblatt fand am Anfang der Sommerferien statt und entging deshalb den Parteien, Quartiervereinen und dem Gewerbe. Die Quartiervereine und die Restaurants an der Höneggerstrasse wehrten sich daraufhin massiv. Die Restaurants hatten massive Einbussen, weil alleine an der Höneggerstrasse 24 Parkplätze wegfielen. Von Stadtrat Daniel Leupi wurde ein runder Tisch mit den Quartiersvereinspräsidenten, der Gewerbetreibenden und den Postulanten einberufen. Es wurde versichert, dass solche Ausschreibungen nicht mehr vor den Sommerferien stattfinden. Zudem wurde geprüft, wo der Abbau der Parkplätze rückgängig gemacht werden kann. Stadtrat Daniel Leupi versicherte mir, dass der Parkplatzabbau dort, wo es Beschwerden gab, rückgängig gemacht werde. Die Forderungen dieses Postulats sind somit weitgehend erfüllt.

Mitteilung an den Stadtrat

3106. 2010/425

Postulat von Alexander Jäger (FDP) und Claudia Simon (FDP) vom 06.10.2010: Aufhebung der geplanten Verkehrsführung am Meierhofplatz und Ausarbeitung eines Gesamtverkehrskonzepts für den Kreis 10

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alexander Jäger (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 623/2010) und zieht es zurück: Am Meierhofplatz wurde das Rechtsabbiegebungsgebot gefordert. Daraufhin haben wir 1970 Unterschriften eingereicht und gefordert, dass es eine gesamthafte Betrachtung des Verkehrsflusses im Kreis 10 gibt. Stadtrat Daniel Leupi hat einen dreitägigen Workshop mit allen Beteiligten aus dem Quartier einberufen, um eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Dieser Prozess ist im Gang und deshalb ziehen wir

das Postulat zurück. Wir hoffen auf eine gemeinsame Lösung.

Mitteilung an den Stadtrat

3107. 2010/446

Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 27.10.2010:

Optimierung der Verkehrsabwicklung an Kreuzungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 660/2010): Trams werden bei den Rot- und Grünphasen priorisiert. Dies ist in Ordnung. Manchmal blockiert aber der Tramverkehr den Autoverkehr, indem Trams langsam auf die Kreuzung fahren und während der halben Grünphase der Autos die Kreuzung blockieren. Die Grünphasen der Autos sind oftmals sehr kurz bemessen. Manchmal fährt ein Tram auch auf die Kreuzung, kann aber nicht in die Haltestelle einfahren und bleibt mitten auf der Kreuzung stehen. Dies ist rücksichtslos. Das Tram könnte warten, bis die Haltestelle frei wird und dann über die Kreuzung fahren. Es wäre einfach, Anweisungen zu geben, so dass Trams nicht mitten in der Kreuzung darauf warten, bis sie in die Haltestelle einfahren zu können. Alternativ könnte man auch die Rot- und Grünphasen so einstellen, dass die Grünphase lange genug dauert und nicht die Hälfte davon von einem langsam fahrenden Tram blockiert wird.

Marianne Aubert (SP) begründet den von Min Li Marti (SP) namens der SP-Fraktion am 10. November 2010 gestellten Ablehnungsantrag: Meine Beobachtung ist, dass die Autos im Stossverkehr den öffentlichen Verkehr behindern und nicht umgekehrt.

Weitere Wortmeldungen:

Peider Filli (Grüne): In Zürich haben wir nicht besonders viel Platz auf den Strassen. Manchmal reagieren Tramführer oder Autofahrer unangemessen. Die einzige Lösung ist ein partnerschaftlicher Umgang.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Die CVP unterstützt das Postulat, weil der Verkehr ein Zusammenspiel zwischen privatem, individuellem und öffentlichen Verkehr ist. Es besteht Optimierungspotential im Zusammenspiel zwischen den einzelnen Verkehrsteilnehmern.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es handelt sich um wiederholende Fakten. Peider Filli (Grüne) hat recht, wenn er sagt, dass man sich den bestehenden Raum teilen muss. Derzeit handelt es sich nicht um ein partnerschaftliches Teilen, sondern um eine sehr einseitige Angelegenheit. Manchmal kommt es dabei auch zu gefährlichen Situationen, wenn die Autos grün haben und ein Tram genau dann auf die Kreuzung fährt, wenn auch die Autofahrer losfahren.

Das Postulat wird mit 46 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3108. 2010/447

**Postulat von Urs Fehr (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 27.10.2010:
Unterbindung des Drogenhandels im Seefeldquartier**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Urs Fehr (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 661/2010): Ein Anwohner äusserte sich mir gegenüber besorgt über den aufkommenden Drogenhandel im Seefeldquartier. Ich habe diese Ängste aufgenommen und entsprechend ein Postulat eingereicht. Es wäre verheerend für das Quartier, wenn der Drogenhandel im Quartier wieder aufblühen würde. Es ist wichtig, dass die Stadtpolizei das Quartier genau im Auge behält und einen allfälligen aufkommenden Drogenhandel im Keim erstickt.

Guido Trevisan (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 10. November 2010 gestellten Ablehnungsantrag: Wir haben in Drogenfragen eine liberalere Haltung als die SVP. Bei der aktuellen Gesetzgebung kann niemand gutheissen, dass mit illegalen Drogen in der Stadt Zürich gehandelt wird. Wir sind nicht dagegen, dass der offene Drogenhandel im Keim erstickt werden muss. Einzelfälle sind der Polizei zu melden, die sich darum zu kümmern hat.

Weitere Wortmeldungen:

Helen Glaser (SP): Im Seefeld gibt es keine Drogenszene, die man im Keim ersticken müsste. Die Stadtpolizei patrouilliert regelmässig, mehrmals täglich durch das Quartier und die Seeanlage. Die heutige Situation im Seefeld ist stabil, es gibt nur teilweise Handel mit weichen Drogen. Diesen ganz zu verbieten, ist nicht mit angemessenen finanziellen Mitteln möglich. Ganz aus der Welt schaffen kann man ihn nicht. Sollten die Bürgerinnen und Bürger im Seefeld sehen, wie mit Drogen gehandelt wird, können sie sich an die Stadtpolizei richten.

Urs Fehr (SVP): Wenn mir Quartierbewohner anrufen und Angst haben, dass sich der Drogenhandel im Seefeldquartier ausbreitet, dann müssen wir als Gemeinderat diese Ängste ernst nehmen.

Guido Trevisan (GLP): Der Polizeinotruf ist für solche Anliegen eine gute Lösung.

Das Postulat wird mit 46 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3109. 2012/347

Beschlussantrag der AL-Fraktion vom 19.09.2012: Allgemeine Polizeiverordnung (APV), Untersuchung der GPK über die Umsetzung

Von der AL-Fraktion ist am 19. September 2012 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats wird beauftragt, die Umsetzung der vom Gemeinderat im April 2011 beschlossenen APV durch die Stadtpolizei zu untersuchen und dem Gemeinderat darüber Bericht zu erstatten.

Begründung:

Am 20. Mai 2009 hat der Stadtrat dem Gemeinderat den Neuerlass einer Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) beantragt. In der Kommissionsberatung ist der Entwurf des Stadtrats kritisiert worden. Einig war man sich, dass die APV entschlackt und auf bevormundende Ideen wie zum Beispiel die vom Stadtrat beantragten Alkoholkonsum-Verbotzonen verzichtet werden sollen.

Der Gemeinderat hat am 13. Januar 2010 auf eine Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat verzichtet, dieses aber einstimmig zur Überarbeitung an die Kommission zurückgewiesen. Am 6. April 2011 hat der Gemeinderat den von der Kommission umfassend überarbeiteten Entwurf der APV verabschiedet. Ein Referendum ist nicht ergriffen worden.

Erste Erfahrungen mit der Umsetzung des APV haben Zweifel aufkommen lassen, dass die Stadtpolizei ihre Praxis den Beschlüssen des Gemeinderats angepasst hat. Zweifel gibt es zum Beispiel bezüglich der Umsetzung des vom Gemeinderat erlassenen Artikels 5 der APV, der die Einschränkung der Alkoholabgabe regelt und auf das vom Stadtrat ursprünglich geforderte Alkoholkonsumverbot verzichtet.

Eine frühzeitige Klärung offener Fragen im Rahmen einer GPK-Abklärung kann dazu beitragen, dass die vom Gemeinderat vorgenommenen Anpassungen an der APV von der Stadtpolizei sachgerecht umgesetzt werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

3110. 2012/348

Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Guido Bergmaier (SVP) vom 19.09.2012: Quartierwache Höngg, Gewährleistung einer definierten, durchgehenden Öffnungszeit

Von Martin Bürlimann (SVP) und Guido Bergmaier (SVP) ist am 19. September 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Quartierwache Höngg künftig durchgehende Öffnungszeiten von Montag bis Freitag jeweils 07.00 Uhr bis 18.00 Uhr gewährleistet werden können.

Begründung:

Aus der Antwort auf die schriftliche Anfrage 2012/250 von Martin Bürlimann (SVP) und Guido Bergmaier (SVP) vom 13. Juni 2012 geht hervor, dass mit den verkürzten Öffnungszeiten der Quartierwache Höngg keine wesentlichen Kosteneinsparungen resultieren. Weiter geht aus der Antwort hervor, dass einzig die Quartierwache Höngg zeitweise massiv verkürzte Öffnungszeiten aufwies. Höngg ist die einzige Quartierwache, bei welcher die Öffnungszeiten sowohl in diesem als auch im letzten Sommer temporär reduziert wurden. So sind beispielsweise die Öffnungszeiten der Quartierwachen Enge, Unterstrass, Hottingen, Riesbach, Altstetten und Schwamendingen werktags von 07.00 Uhr bis 18.00 Uhr. Die Regionalwachen (City, Wiedikon, Industrie, Aussersihl und Oerlikon) sind rund um die Uhr besetzt. Aus der Höngger Bevölkerung kamen mehrere negative Reaktionen. Die Dienstleistungen der Quartierwache Höngg wird allgemein geschätzt. Der Qualitätsverlust durch die gesunkenen Öffnungszeiten ist massiv. Die Quartierwache Wipkingen wurde bereits geschlossen. Eine Quartierwache für drei Quartiere (Wipkingen, Höngg und Rütihof) genügt nicht, wenn sie nur halbtags offen ist. Daher soll die Quartierwache Höngg wie die anderen Quar-

tierwachen durchgehend geöffnet sein, auch im Sommer.

Mitteilung an den Stadtrat

3111. 2012/349

**Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 19.09.2012:
Abwicklung der IT-Projekte der Departemente und Dienstabteilungen unter der
Führung der OIZ**

Von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) ist am 19. September 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie IT-Projekte der Departemente und Dienstabteilungen künftig durchwegs unter sachkompetenter Führung einer OIZ-Fachperson abgewickelt werden können.

Begründung:

Komplexe IT-Projekte der Stadtverwaltung hatten im Verlauf der letzten Jahre verschiedentlich markante Defizite zu verzeichnen. Ungenaue Zielvorstellungen, mangelnde fachtechnische Kompetenz, schwaches Konfliktmanagement, unausgeprägtes Kostenbewusstsein und defizitäre Kommunikationsleistungen haben die Qualität von IT-Projekten zum Teil massiv reduziert. Neue Systeme funktionierten zum Teil nicht oder nur eingeschränkt und langsam. Dadurch entstanden für die Anwender Frustrationen und für die Stadtkasse ein beträchtlicher Schaden.

Der Stadtrat wird gebeten, potenzielle künftige Flops durch griffige Massnahmen möglichst zu verhindern.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag und die zwei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

3112. 2012/350

**Schriftliche Anfrage von Min Li Marti (SP) vom 19.09.2012:
Entwicklung der Grundstückgewinn- und Handänderungssteuer in der Stadt
Zürich**

Von Min Li Marti (SP) ist am 19. September 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Zum Gegenvorschlag des Kantonsrats zur Initiative des Zürcher Hauseigentümerverbandes «Grundstückgewinnsteuer – Ja, aber fair» wurde das Referendum ergriffen, weshalb eine Volksabstimmung darüber ansteht. In letzter Zeit wurde durch eine Praxisänderung der Gerichte (Rechtsprechung) die Grundstückgewinnsteuer ohnehin gesenkt. Zuvor wurde im Kanton Zürich per 1.1. 2005 auch die Handänderungssteuer abgeschafft. Zudem hört man von verschiedenen Zürcher Gemeinden, dass vermehrt versucht wird, diese Steuer zu umgehen und verschiedene Vermeidungs-Strategien der Immobilienbesitzer von den Gemeindebehörden festgestellt werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch waren die gesamten massgebenden Grundstückgewinne pro Jahr der letzten 5 Jahre in der Stadt Zürich?
2. Wie hoch waren die entsprechenden Grundstückgewinn-Steuern der letzten 5 Jahre?
3. In welche massgeblichen Besitzdauern teilen sich die Grundstück- und Immobilien-Transaktionen in den letzten 5 Jahren auf? Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung der Anzahl Transaktionen mit den relevanten Besitzdauern (Anzahl Transaktionen mit 1 Jahr, 2 Jahre, etc. bis mehr als 20 Jahre Besitzdauer). Gleichzeitig bitten wir um eine Aufteilung der Verkäufer nach natürlichen und juristischen Personen.
4. Sind dem Stadtrat Fälle bekannt, in denen die Grundstückgewinn-Steuer aktiv vermieden werden soll-

- te? Können diese Strategien beschrieben werden, allenfalls ohne Nennung von Namen der Akteure.
5. Wie hoch waren die Steuerausfälle durch die Praxisänderung der Grundstückgewinnsteuer?
 6. Wie hoch wären die wiederkehrenden Ausfälle für die Stadt Zürich, würde der Gegenvorschlag zur Initiative des Hauseigentümergeverbandes angenommen? Wie vielen Steuerfuss-Prozenten entspricht dies?
 7. Wie hoch sind die geschätzten jährlichen Steuerausfälle durch die Abschaffung der Handänderungssteuer (seit dem 1.1. 2005)?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3113. 2012/182

Schriftliche Anfrage von Martin Bürlimann (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) vom 18.04.2012:

Arbeitszeit-Kompensation für die in der Stadt angestellten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie für weitere Milizämter

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1106 vom 5. September 2012).

3114. 2012/240

Schriftliche Anfrage von Kathy Steiner (Grüne) vom 06.06.2012:

Frühzeitiger Einbezug von Grün Stadt Zürich bei Baubewilligungsverfahren zur Beratung von Bauherren in Bezug auf einen wünschenswerten Umgang mit dem Freiraum und dem Schutz alter Baumbestände

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1111 vom 5. September 2012).

Nächste Sitzung: 26. September 2012, 17 Uhr.